DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Redet Klartext: Landwirt und Bauernsprecher Anthony Lee im großen DW-INTERVIEW Seiten 12 und 13 Fotos: Privat

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 124, Samstag, 4. März 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: BE69 9675 5966 2478 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DREI JAHRE VORAN | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | **SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!**

UNSER NEUES LAND!

Nein. Wir Menschen wollen keine transnationale Konzerndiktatur, die uns in Krieg und perversen Transhumanismus führt. Die neue deutsche Demokratie- und Friedensbewegung lebt seit 28. März 2020 und gedeiht seit dem zurückliegenden Demowochenende umso mehr!

Humanismus statt Genspritzen, Volksabstimmungen statt Unterdrückung, Waffenstillstand statt Weltkriegstreiberei! Die Gründerin des Magazins *Emma*, Alice Schwarzer, stellte klar: »Mehr Menschlichkeit in die Politik!« Die Basisdemokratin machte am 25. Februar 2023 vor dem Brandenburger Tor ihren Standpunkt deutlich (Seite 7).

Über 130.000 Demokratinnen (m/w) hatten sich für den Ausstieg unseres Landes – vielmehr unseres Staatsapparates – aus dem Stellvertreterkrieg der USA und Russlands in der Ukraine versammelt. Zwei Gegendemonstrationen mit sechs beziehungsweise 15 Teilnehmern aus dem Nato-Spektrum warfen sich entgegen (Berichte ab Seite 4).

Doch was tun gegen einen globalen Konzernkult, der mit Grundgesetz (Seite 16), Menschenrecht und Nürnberger Kodex (Verbot von Spritzen-Experimenten) gebrochen hat? Welches Band ist stark genug, um uns gegen den kriminellen Angriff auf Gewaltenteilung und unser *Leben* zu verbinden? Es ist die Nation, die in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert für wahre Demokratie und Freiheit streitet: »Du bist Deutschland!« DW-Herausgeber Anselm Lenz ist der Ansicht, dass es Zeit für unsere besten Seiten ist (Seite 9).

Diese Wochenzeitung steht von Beginn an an der Seite aller Demokraten. Sie ist »das Original« und »das Flaggschiff« der neuen deutschen Demokratie- und Friedensbewegung – und deshalb von Beginn an allen Arten von Angriffen durch den Apparat ausgesetzt. Dennoch wird sich der *Widerstand* (DW) noch breiter aufstellen:

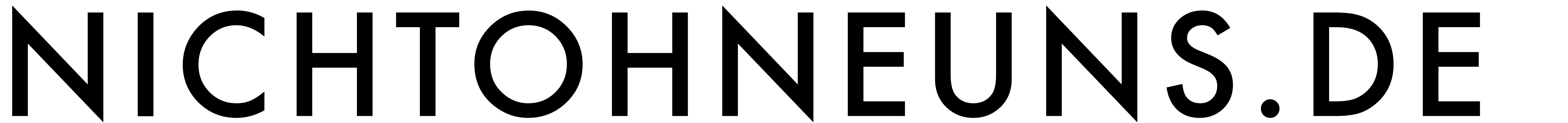
Fortzetung Seite 14

UNMENSCHLICH, ASEPTISCH UND VIEL ZU NAH AM ABGRUND: Der Konzerndystopie stellen Demokraten die Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes entgegen. Denn nie gab es eine direkte Abstimmung über die grundlegenden Fragen. Titelgestaltung: DW/Ute Feuerstacke

POLITISCHER GEFANGENER

Am 29. Juni 2020 wurde der erfolgreiche Querdenker Michael Ballweg von der Staatsmacht abgeholt und in den Terrorknast Stammheim gesteckt. Acht Monate U-Haft, weil mit seiner Steuererklärung etwas nicht stimmen soll? Am 12. März 2023 Demo für die Freilassung, Start: 14 Uhr am Marktplatz, Stuttgart-Zuffenhausen. Und jeden Tag in jeder Stadt!

Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6



INHALT #DW124

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 124. Ausgabe ab Samstag, 4. März 2023. | Redaktionsschluss war am 2. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Das Tempo gehalten

Der Preis der Republik gebührt dem Musiker Yann Song King.

LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Jeden Tag auf einem anderen Platz. Jede Woche ein neuer Song. Das Werk des Musikers Yann Song King beeindruckt.

Das umfassende Versagen der Künstler während des Corona-Zivilisationsbruchsverschlägt immer noch die Sprache. Der *Punk*-Rentner Campino wollte sich bei den Herrschern gar ins Gespräch für den Bundespräsidentenposten bringen und drosch auf die Demokratiebewegung ein; *Die Ärzte*, bekannt für ihren Wortwitz, spielten in der *Tagesschau*, um dem Putsch ein sympathisches Gesicht zu geben. Und sonst wurde es still im Saal. Kein Mucks, kein Laut, nur Unterwerfung unter das Diktat: Setzt die Maske auf und lasst euch abspritzen.

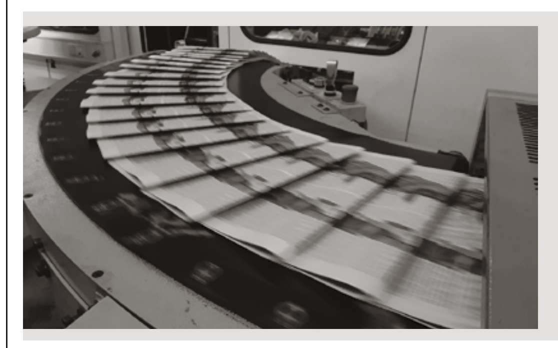
Doch ein melodischer Singsang erklang von den Hügeln und Felsen des Erzgebirges. Ein anschwellender Sächselgesang: witzig, kritisch und konstant. Sind es 17.000 Songs, die Yann Song King in den vergangenen drei Jahren geschrieben hat, in denen er das obrigkeitsstaatliche Gebaren und die Verbrechen kenntlich macht? Wer weiß das schon, niemand kann sie zählen. Es ist auch eigentlich egal. Was zählt ist die Professionalität der Aufnahmen, es zählt der Ideenreichtum der Musikvideos, die Präsenz bei den vielen Auftritten.

Das popkulturelle Liedgut, der ganze Schrott der Kulturindustrie des vergangenen Jahrhunderts, sei es Kraftwerk oder Nicole, wird vom King in die Höhe gehoben und mit neuen Texten ausgestattet. Es ist kein Wunder, dass er in Sachsen ein Superstar ist. Aber auch in Hessen ist er groß. Kein Mensch weiß, warum genau da. Und vor allem weiß keiner, warum die anderen es noch nicht in diesem Ausmaß verstanden haben, was für ein Schatz da zu bergen ist.

Vielleicht und hoffentlich ändert sich das nun durch das im Internet kostenlos zugängliche Filmportrait zu King »Flüstern und Lachen« des Regisseurs Alexander Tuschinskis. Und hoffentlich auch durch diesen Preis. Darum verleihen wir ihn ja!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN YANN SONG KING. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«.



Und die nächste Bank kündigte unser Konto! Mittlerweile ist es die elfte oder zwölfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: BE69 9675 5966 2478
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Ende der Kindheit

EINWURF von Werner Köhne

Sigmund Freud. Vor gut hundert Jahren entdeckte er einen neuen Planeten: das Kind. Jahrtausendelang galt das Kind als kleiner defizitärer Erwachsener. Die Romantik hatte mit dieser Vorstellung gebrochen. Dem Kind wurde eine eigene Entwicklung zugestanden. Aber Freuds Forschungen gingen weiter.

Ausgehend von Beobachtungen verstörter Erwachsener fand er eine kindliche Welt vor, die ebenso reich wie abgründig, schmerzhaft real wie traumverhangen war. Seither sind Traum und Wirklichkeit des Kindes ein Kernstück unserer modernen auch für Erwachsene geltenden Identität.

200 Jahre später dieses Szenario: ein Kinderzimmer; die neue platonische Traum-Höhle der Digikids. Ein Achtjähriger sitzt vor einem Monitor, auf dem krakenarmige Geschöpfe aus den Ecken auftauchen, bevor sie auf Knopfdruck zu einer breiigen Masse werden. Ein Szenario, das dem Kind das Gefühl gibt, die Welt sei beherrschbar. Eine neue Form der Weltaneignung. Das Kind als Schöpfer einer entfesselten virtuellen Welt. Aber allein. Die Erwachsenen können es nicht einmal sozial schützend begleiten. Im Setting der Moderne erfüllen nämlich Kinder immer deutlicher Pionierfunktionen. Provozierend formuliert: das System Kind und das System Moderne passen im Rahmen einer technologischen Weltaneignung gut zusammen.

Das bedeutet aber auch: Die Kinder können nicht länger Kinder sein. Zu Recht hat Neil Postman in diesem Zusammenhang vom Ende der Kindheit gesprochen. Das Coronaszenario hat diese Verlusterfahrung noch verschärft. Was hätte der Altmeister Freud etwa zu dieser Szene zu sagen gehabt: Eine zwanzigköpfige Kindergartenschar auf dem Weg durch einen Park. Die kleinen Wesen haben im lichten sie umgebenden Grün alle eine Maske auf – eine Maßnahme, die ihnen die Wahrnehmung versperrt und die ihnen von infantilisierten und ignoranten Erwachsenen zugefügt wurde.

Die Kinderwelt, so schon früh von fehlender Nähe gezeichnet, lässt einen Aspekt der Freudschen Theorie hervortreten: jenes Über-Ich, das in diesem Falle auf ein blindes Diktat zusammenschrumpft.



Halt dich fern, vermeide Vertrauen, selbst deinen Eltern, ja selbst dir gegenüber.– Was für ein Verbrechen!

VON FALLENDEN MASKEN

Die Maßnahmen enden, aber immer noch sterben Menschen an der »Impfung« | Von Hendrik Sodenkamp

Am 1. März 2022 endete die Maskenpflicht für Krankenhaus- und Pflegepersonal und die Testpflicht für Besucher von Pflegeheimen. »Wir unterstützen den Wegfall der Maßnahmen in Deutschland«, so Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, gegenüber der sogenannten *Funke Mediengruppe.* »Die Menschen, die im Gesundheitswesen in Deutschland arbeiten, sind kompetent genug, mit der Situation umzugehen.« Aussagen, die noch vor einigen Monaten als querulantisches Querdenkertum abgetan worden wären.



Diese zwei Demokratinnen machen deutlich, was sie vom Corona-Faschismus halten. Foto: Steve Schramm.

Die sogenannte 7-Tage-Inzidenz liegt in Deutschland derzeit bei 133; im Jahr 2021 hatte eine Inzidenz von 100 noch die »Bundesnotbremse« ausgelöst – mit Ausgangssperren, Straßenkontrollen, Geschäftsschließungen, Kleidungsordnung und Verhaftungen. Die Sterblichkeitsrate von Corona, auch im Jahr 2020, also vor »Omikron«, lag laut WHO mit 0,25 Prozent im Bereich der saisonalen Grippe. Laut Datenerhebung des DIVI-Intensivregisters, dass extra für die Coronapandemie eingerichtet wurde, gibt es derzeit rund 1.700 freie Intensivbetten in Deutschland. Eine Zahl, die nach diesem Register seit drei Jahren konstant ist. Es gab nie eine Überlastung des Gesundheitswesens und somit auch keinerlei Rechtfertigung für die historisch beispiellosen Grundrechtsverstöße der Regierung, der Konzerne und den ihnen vorgelagerten Institutionen.

Was es jedoch gab und gibt sind Nebenwirkungen der »nebenwirkungsfreien« (Karl Lauterbach) Coronaspritzen. Laut VAERS-Datenbank, der Meldestelle der USA, wurden bis zum 17. Februar 2023 bei den rund 300.000 Millionen US-Bürgern 1,5 Millionen Impfnebenwirkungen angezeigt, darunter 34.478 Todesfälle, 529.662 schwerwiegende Nebenwirkungen (das sind unter anderem bleibende Lähmungen, Nervenkrankheiten und bleibende Behinderungen). 64.021 Fälle von Nebenwirkungen bei Kindern gingen ein, die von Corona nie gefährdet waren. Dies sind nur die Fälle, die gemeldet wurden.

VERSCHLEIERN DER VERBRECHEN

Eine repräsentative Studie über die gefährlichen Wirkungen wurde weder in den USA noch in Europa unternommen. So berichtete der baden-württembergische Pathologe Professor Peter Schirmacher bereits im Sommer 2021, dass er mehr als 40 Menschen obduziert habe, die innerhalb von zwei Wochen nach einer Corona-Impfung verstorben waren, und kam zu dem Ergebnis, dass höchstwahrscheinlich 30 bis 40 Prozent dieser Menschen an der Impfung gestorben waren. Er forderte damals bei solchen Todesfällen systematische Obduktionen, die bis heute jedoch nicht durchgeführt werden.

Zum Vergleich: Laut dem zuständigen Paul-Ehrlich-Insitut wurden im Zusammenhang mit der Schweinegrippeimpfung (Pandemrix) im Jahr 2009 38 Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung mehr angewendet und verlor im Jahr 2015 seine Zulassung. Noch immer werden die mRNA-Spritzen verabreicht.

Dass Karl Lauterbach (SPD) nun als Bauernopfer herhalten soll, war bereits zum Zeitpunkt seiner Berufung klar. Zu clownesk, zu wenig staatstragend, zu halbseiden und zu hypochondrisch erschien er. Nun mehren sich die Stimmen, dass er seines Amtes enthoben werden soll.

Vielen Ärzten, Wissenschaftlern und Bürgerrechtlern ist dies nicht genug, da Lauterbach nach einem Zeitgeist handelte, der von nahezu allen Parteien des Bundestages und allen großen Medienkonglomeraten Deutschlands aus der Flasche gelassen wurde. Sie fordern vielmehr eine gründliche Aufarbeitung – auch im juristischen Sinn – und strukturelle, also verfassungsrechtliche Konsequenzen, sodass es Parteien und Konzernen nicht mehr möglich ist, willkürlich Grundgesetze, Gewaltenteilung und die Öffentlichkeit außer Kraft zu setzen, um per Verordnung durchzuregieren.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.440	98.632
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.802	
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.733	
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.194	
Mai	75.669	75.835	80.876	81.786	
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.439	
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.924	
Aug.	73.444	78.742	76.402	86.423	
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.766	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.053	
Nov.	78.378	85.989	93.915	88.328	
Dez.	83.329	108.792	103.171	113.844	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.062.732	98.632

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

TUBERKULOSE-AUSBRUCH IM SÄCHSISCHEN CHEMNITZ

Chemnitz/DW. In einer Pflegeschule in Chemnitz kam es bereits im Januar zu einem Tuberkulose-Ausbruch. Nach Angaben der Stadt lag die Zahl der festgestellten Infektionen zuletzt bei 28, davon waren 21 Pflegeschüler betroffen. Eine Infektion führt nicht zwangsläufig zur Erkrankung. Bestätigt wurden bislang vier Fälle von Lungentuberkulose. Die Zahl der ermittelten Kontaktpersonen beläuft sich auf rund 170. Professor Sucharit Bhakdi erklärte bereits 2021, dass er infolge der Covid-19-Injektionen und der dadurch entstehenden Schädigung der menschlichen Immunabwehr ein Wiederaufflammen von tödlichen Infektionen befürchtet: »Wegen dieser verdammten Impfung wird es zu einem Anstieg der Tuberkulose weltweit kommen.« (kmü)

IMMER MEHR FUSSBALLPROFIS MIT GESUNDHEITLICHEN PROBLEMEN

Dortmund/DW. Marius Wolf, Spieler des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund, hat jetzt öffentlich gemacht, dass er sich Ende des vergangenen Jahres einer Herzoperation unterziehen musste. »Ich hatte ein Vorhofflimmern. Der Herzrhythmus war nicht normal. Ich habe das deutlich gemerkt«, erklärte der 27-Jährige. Zwischen dem Auftreten der Symptome und dem minimalinvasiven Eingriff lagen nur drei Tage. Nach Angaben des Außenbahnspielers wurde dabei Teilgewebe im Herzen verödet. Zehn Tage nach der OP konnte er bereits wieder eingeschränkt trainieren, musste aber einen Monat lang einen Blutverdünner einnehmen. Herzprobleme gab es in den vergangenen Monaten bei einer ganzen Reihe von Fußballprofis im In- und Ausland, u. a. bei Alphonso Davies und Noussair Mazraoui (beide Bayern München). 2022 sorgten bereits Hodenkrebserkrankungen bei vier Bundesligaspielern – Timo Baugartl (Union Berlin), Marco Richter, Jean-Paul Boëtius (beide Hertha BSC Berlin) und Sébastien Haller (Borussia Dortmund) – innerhalb weniger Monate für Aufsehen. (kmü)

INFIZIERTE IN LÜNEBURG: SELTENES Q-FIEBER BREITET SICH AUS

Amt Neuhaus/DW. Bei mehreren Menschen in Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg) wurde das sogenannte Query-Fieber (kurz: Q-Fieber) nachgewiesen. Dabei handelt es sich um eine seltene Erkrankung. Bei dieser wird der Erreger durch Inhalation von kontaminiertem Staub oder per Tröpfchen vom Tier auf den Menschen übertragen. Meist sind Kühe, Schafe und Ziegen betroffen, der Erreger kann aber auch von Hunden und Katzen sowie von Parasiten wie Zecken übertragen werden. Eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung gilt als sehr selten. Bei Tieren kann eine Infektion symptomlos verlaufen, so dass die Erkrankung – diese ist nur per Blutprobe nachweisbar – meist unbemerkt bleibt. Bei Menschen können sich grippeähnliche Symptome bemerkbar machen, in sehr seltenen Fällen kann es u. a. zu Lungen- und Leberentzündungen kommen. (kmü)

MELDUNG

PLAGIATSVORWURF: UNIVERSITÄT BONN KÜNDIGT POLITOLOGIN ULRIKE GUÉROT

Bonn/DW. Während der Coronakrise zählte sie zu den schärfsten Maßnahmekritikern, ihr Buch »Wer schweigt, stimmt zu« avancierte zu einem Bestseller, weswegen sie von Narrativgläubigen übel attackiert und beschimpft wurde. Nun hat die Universität Bonn Ulrike Guérot »wegen Plagiat in einem nicht-wissenschaftlichen Buch von 2016 zum 31. März gekündigt«, *twitterte* die Professorin für Europapolitik und kündigte zugleich an, juristisch dagegen vorgehen zu wollen. »Ich wäre die erste Person, der in Deutschland wegen Plagiat gekündigt würde. Es wird spannend.« Unlängst gehörte Guérot zu den Erstunterzeichnern des »Manifests für Frieden« von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. (kmü)

ROBERT HABECK ZEIGT INTERNET-PÖBLER AN

Hamburg/Berlin/DW. Einem Bericht der *Bild* zufolge, ermittelt der Staatsschutz gegen einen 58-jährigen Hamburger wegen Beleidigung und übler Nachrede. Der Strafantrag komme von Bundeswirtschaftsminister Robert Hobeck (Grüne). Der mutmaßliche Täter hatte am 8. September 2022 ge*twittert*: »Schmeißt diesen Vollidioten endlich raus #GruenerMist«. Grund für den *Tweet* könnten Habecks peinliche Äußerungen in der Sendung »Maischberger« gewesen sein. In dieser hatte er zwei Tage zuvor erklärt, dass Bäckereien und andere Handwerksbetriebe zwar aufhören könnten zu produzieren, deshalb aber nicht insolvent seien, was ihm reichlich Spott und Häme einbrachte. (kmü)

EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCH DES REGIMES? HAUSDURCHSUCHUNG BEI ANWALT TEMPLIN

Berlin/DW. Er war maßgeblich an der Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten bei der in der Hauptstadt schlampig durchgeführten Bundestagswahl 2021 beteiligt: Der Berliner Rechtsanwalt Marcel Templin hatte für den ehemaligen Abgeordneten Marcel Luthe beim Berliner Landesverfassungsgericht Einspruch gegen die Chaos-Wahl eingelegt. Mit Erfolg – sie musste wiederholt werden. Doch drei Tage danach erhielt der Jurist Besuch von der Polizei, die seine Kanzlei durchsuchte. Ein Retourkutsche des Regimes? Laut *Berliner Zeitung* gehe es vermutlich um den Verdacht berufsrechtliche Verstöße, der aber offenbar ins Leere läuft. (kmü)

SIE HASSEN UND VERACHTEN UNS UND UNSER LEBEN!

Regierung und Medienkonzerne schlagen in ihrem Untergang um sich.
Eine BESTANDSAUFNAHME von Klaus Müller

Regierung und Konzerne, getragen von einer *woken* links-grünen Erweckungsbewegung, wollen bestimmen, wie wir leben, reden, atmen, unsere Kinder erziehen, was wir denken, essen und uns spritzen lassen. Sie wollen uns unsere Wurzeln nehmen, unsere Identität, unsere Familie, unseren Glauben, unsere Werte, unseren Wohlstand, unsere Selbstbestimmung und Freiheit. Dies alles, um uns noch leichter manipulieren und kontrollieren zu können. Sie wollen uns regelrecht versklaven. Sie forcieren einen Krieg, den die allermeisten ablehnen, sie treiben die Spaltung der Gesellschaft und die Zerstörung unserer Wirtschaft voran sowie viele weitere bösartige Dinge, etwa das Denunziantentum.



Ob Lügen- oder Lückenpresse: Immer mehr Menschen wachen auf und realisieren, dass sie von staatstreuen Medien angelogen und manipuliert werden. Foto: Georgi Belickin

So ließ Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnisgrüne) eine *Online*-»Meldestelle Antifeminismus« bei der Amadeu Antonio Stiftung einrichten. Melden kann man dort Aktionen und Personen, die sich gegen die Gender-Ideologie aussprechen. Vorsitzende der Stiftung war jahrelang und bis vor kurzem Anetta Kahane, die zuvor von 1974 bis 1982 inoffizielle Mitarbeiterin der Stasi war. Gelernt ist gelernt. Anschwärzen sollen wir nun übrigens auch unsere Bauern (Seiten 12/13). Politische Denunziationsplattformen finanziert von der Bundesregierung gegen ihre Gegner mit unseren Steuergeldern. Wer ist als Nächstes dran?

MACHTHABER MIT VERNICHTUNGSFANTASIEN

Unterstützt bei ihren menschenverachtenden Plänen werden unsere Polit-Marionetten von der einstigen vierten Gewalt im Lande, die uns im selben Maße wie die Politik versucht, zu indoktrinieren und umzuerziehen. Dabei haben sich die Propagandisten der gekauften Medien und des abhängigen ÖRR längst ihr eigenes Grab geschaufelt – sie wissen es offenbar nur noch nicht. Sie werden von immer weniger Menschen konsumiert und ihren Berichten wird immer weniger Glauben geschenkt. Sporadische Lichtblicke, die es etwa bei *Welt*, *Berliner Zeitung* oder *Bild-TV* gibt, ändern nichts an den auffälligen Lücken und am *Framing* der Berichterstattung. Im Gegenteil: Sie agieren mit zunehmenden Selbstmitleid immer gemeiner und auch absurder. Die *Tagesschau* samt *Online*-Ableger und ihrem »Faktenfinder« produziert längst *Fake-News* in Serie und fabuliert unter anderem über stromerzeugende Fernseher aus Afrika, 18.500 Fukushima-Tote, nun sogar über »Sprengstoff in Form von Pflanzen«.

Das hasserfüllte Gesicht von Sarah Frühauf bei ihrem *Tagesthemen*-Kommentar Ende 2021, in dem sie heftig gegen Ungepikste wetterte, kriegt manch einer kaum noch aus dem Kopf. Bis heute haben die *Mainstream*-Medien mit ihrem Hass und ihrer Hetze nicht aufgehört, legen stattdessen immer weiter nach. Christian Kreil, ein *Blogger* der ach so seriösen österreichischen Tageszeitung *Standard, twitterte* jüngst: »Sahra und Alice sind Putinfotzen.« Kann man noch tiefer sinken? Karma regelt das.

Das SPD-geführte *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (*RND*) sieht in Sahra Wagenknecht derweil »eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland«. Geht's noch irrer? Ja! Der *Deutschlandfunk* vergleicht in seiner *Podcast*-Serie mit dem Titel »Wen dürfen wir essen« Grillabende und den Verzehr von Fleisch mit dem Konsum von Kinderpornos. Kränker geht's kaum noch? – Lassen wir uns überraschen!

Die kongeniale Zusammenarbeit von Polit-Fuzzis, Konzernen und staatstreuen Systemmedien führt nebenbei zu einer beispiellosen *Cancel Culture*, die von indoktrinierten Mitbürgern bejubelt, zumindest aber widerstandslos akzeptiert wird. Derzeit im Visier der *woken* Menschenfeinde sind nun Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser, Finanzexperte Ernst Wolff, Kabarettist Uwe Steimle, »Harry-Potter«-Autorin J. K. Rowling, Ex-Pink-Floyd-Musiker Roger Waters sowie die *Rockbands* Weimar und Frei.Wild, deren Sänger Philipp Burger ein Freund offener und klarer Worte ist. In Bezug auf *Cancel Culture, Wokeness*-Wahn und »Zensurfaschisten» appellierte er Ende Februar auf *Facebook* an seine *Fans*: »Es liegt auch an euch allen, hier aufzustehen, eure Stimme zu erheben, diesem Treiben entgegenzuwirken und dem Wahnsinn mit guten Argumenten die Stirn zu bieten!«

Als normaldenkender Mensch kommt man sich immer mehr vor wie in der »Truman Show«. Man könnte auch sagen: George Orwells Albtraumwelt aus »1984« wird immer realer.



Foto: CCv

ZITAT DER WOCHE

»Wenn Menschen, die die ›[Kleine weiße] Friedenstaube‹
von Erika Schirmer singen,
als Nazis bezeichnet werden,
wenn das Nazis sind,
habe ich vor dem Faschismus keine Angst mehr.«

Uwe Steimle, Kabarettist



CLEMENS ARVAY, 22. JULI 1980 – 18. FEBRUAR 2023

Er lernte das Handwerk des Buchbinders, studierte Landwirtschaftsökologie und wurde erfolgreicher Landwirtschaftsingenieur. Er war Demokrat und Buchautor, Vorkämpfer gegen den neofaschistischen Corona-Putschversuch der Konzernoligarchen und Regierungsmitglieder. Als Diskutant und Buchautor trug er zur Aufklärung der Corona-Lüge bei (»Wie Umweltzerstörung die Corona-Pandemie auslöste und warum ökologische Medizin unsere Rettung ist« und »Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko«, 2020/2021). Clemens Arvay war der Inbegriff (echten) fortschrittlichen Denkens, Handelns und Wirkens: menschlich, klug, alternativ und produktiv. Der gebürtige Grazer galt als sensibel, als feiner Mensch, als Optimist und als »Macher« – und nicht wenigen als Held. Doch Arvay hielt den Horror der Gegenwart nicht mehr aus. Das mögliche weitere Abgleiten in Lüge, Weltkriegstreiberei und Ultrakapitalismus wird nun ohne ihn stattfinden. Am 18. Februar 2023 nahm sich Clemens Arvay am Ende des dritten »dunklen Winters« das Leben. Er hinterlässt ein alternatives und menschliches Lebenswerk und seinen Sohn. Der Demokratiebewegung hinterlässt er eine Lücke – und den Auftrag, das »Nein, nicht so, sondern grundlegend anders und besser« im Hier und Jetzt durchzusetzen. (ale/red; Foto: privat)

Wir lieben Lumpenpazifisten!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Sie machen einfach weiter, die Propagandisten der Regierung. Gestern noch betitelten sie Regierungskritiker als Coronaleugner, Aluhüte und Reichsbürger. Heute werden Friedensaktivisten als Putinversteher und Lumpenpazifisten verunglimpft. Im Zweifel sind eh alle Nazis. Was für ein geistiges Armutszeugnis!

Die Zeitung *Die Welt* titelte vergangene Woche: »Putin will nicht verhandeln, das müssen jetzt auch deutsche Lumpenpazifisten kapieren.« Wow! Der Autor Clemens Wergin, zweifacher Vater und Wehrdienstverweigerer, verkörpert genau die Art von Menschen, die Wasser predigen und Wein trinken. Lieber Herr Wergin, bitte holen Sie ihre Ausbildung an der Waffe nach und erleben sie, was sie da propagieren. Haben denn wirklich alle Sesselpupser ihren Verstand verloren? Niemand unserer Generationen hat Krieg erlebt – zum Glück! Woher kommt denn bloß auf einmal diese Geilheit auf Waffen und Zerstörung? Die, die kein Fleisch essen, um Tiere nicht zu töten, die, die SUV fahren und Grüne wählen, die, die von Multi-Kulti schwärmen und ihre Kinder in Privatschulen unterrichten lassen - alle die – ich nenn sie die »Gutmenschen«, haben wieder Hochkonjunktur und schreien nach gewaltvoller Vergeltung!

KRIEG IST KAPITULATION DER MENSCHLICHKEIT

Vor kurzem sah ich die Neuverfilmung des Klassikers »Im Westen nichts Neues«, von Erich Maria Remarque. Die Hauptfigur, der junge Paul Bäumer, meldet sich mit seinen Freunden freiwillig zum Einsatz im Ersten Weltkrieg. Schnell erleben die jungen Männer, wie patriotischer Eifer, Vorurteile über den Feind, über Recht und das Unrecht des Konflikts wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Der Zerstörung, Gewalt, Schlachtszenen – der Nahkampf im Dreck – diese unerträglich echt dargestellten Grausamkeiten konnte ich kaum ansehen. Und dennoch hat diese mediale Brutalität eine Wirkung erzielt, eine Erinnerung tiefer Überzeugung geweckt: Krieg ist niemals die Lösung, Krieg ist immer Kapitulation der Menschlichkeit. Und während dieser Film weltweit



Für Frieden, gegen Krieg: Diese Demokratin kennt den Unterschied zwischen Gut und Böse. Foto: Georgi Belickin

anerkannte Auszeichnungen erhält, ereifern sich eben diese feinen Leute in Kriegsgerede! Wer Frieden und Diplomatie fordert, steht auf keiner der Gegnerseiten. Er steht auf der Seite der Vernunft, der Menschlichkeit. Er betrachtet die Sache von oben – denn auf beiden Seiten sterben Menschen, unschuldige Menschen, die einem Befehl folgen. Noch nie hat in der Geschichte Krieg zu Frieden geführt. So wird es auch dieses Mal sein.

Die Letzten werden wieder die Ersten sein
Und am Ende wird es so sein, wie in der großen Coronalüge: Die Kritiker, werden recht behalten. Ich schließe meine heutige Kolumne mit einem gekürzten Zitat von Hermann Göring, einem der größten Kriegsverbrecher des Regimes der Nationalsozialisten – zur Abschreckung und zum Nachdenken. Während des Nürnberger Prozesses sagte er: »Nun, natürlich wollen die Menschen keinen Krieg. Natürlich will das einfache Volk keinen Krieg: weder in Russland, noch in England, noch in Deutschland, was das betrifft. Das ist klar. Aber schließlich wird die Politik von den Führern eines Landes bestimmt, und es ist immer ein leichtes, die Leute mitzureißen, ob in einer Demokratie, ob in einer faschistischen Diktatur, ob in einem Parlament oder in einer kommunistischen Diktatur. Man muss ihnen nur vormachen, sie seien angegriffen, und die Pazifisten anklagen, dass sie keinen Patriotismus hätten und das Land einer Gefahr aussetzten. Das funktioniert gleichermaßen in jedem Land.« Es bleibt wahnsinnig – bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Der Reichskraftturm

KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Die Weltanschauung des »Dritten Reiches« war grüner, als vielen Grünen heute lieb ist. Zur »Blut und Boden«-Ideologie gehörte gesunde Ernährung, die Idealisierung des bäuerlichen Lebens und deutsche Waldromantik.

Vielen Akteuren ist nicht bewusst, dass grünes Gedankengut schon einmal im »Dritten Reich« zur offiziellen Ideologie gehörte. Die Lieblingsprojekte der Grünen und ihres Umfeldes riechen nach Erziehungsdiktatur. Wenn das Volk nicht erkennen will, was gut ist, dann muss das Gute eben von oben vorgeschrieben werden. Seien es Lampen, Duschköpfe oder Rauchverbote. Bis heute wabert in der grünen Bewegung ein Kult um das Autochthone, vom regionalen Essen bis zur Ablehnung »fremder« Tier- und Pflanzenarten. Biologisch ist das ziemlich unsinnig. Im Übrigen dürfte man dann bei uns auch keine Kartoffeln und Tomaten anpflanzen, die beide aus Südamerika »eingewandert« sind.

DIE NAZI-WURZELN ERNEUERBARER ENERGIE

Dr. Franz Lawaszeck war ein Erfinder und Hersteller von Wasserkraftturbinen in Bayern. Als Mitglied der NSDAP von Anfang an wurde er bald zu einem prominenten Sprecher für Wirtschaftspolitik, besonders Energiepolitik. Er stand eindeutig dem linken, antikapitalistischen Flügel der Partei nahe.

Falls Sie sich also jemals gefragt haben, wo die intellektuellen Wurzeln hinsichtlich erneuerbarer Energie und globaler Erwärmung liegen – sie liegen in einer hässlichen Episode der Geschichte, kreiert von misanthropischen Programmen seitens Menschen mit einer widerwärtigen Weltanschauung. Von da stammt der Entwurf eines »Reichskraftturmes« – so wurden Windanlagen in der NS-Zeit genannt.

Der Völkische Beobachter berichtete: »In einem sensationellen Vortrag hat der Konstrukteur der höchsten Stahltürme in Deutschland, der bekannte Ingenieur Hermann Honnef aus dem Rheinland am Institut für Physik der Technischen Universität in Berlin vorgetragen, dass es in Höhen zwischen 70 und 90 Metern eine Starkwindzone gibt, welche Windenergie liefern kann.

Die zusätzliche Energie von den Windmühlen, aufgestellt entlang der Meeresküste, wird zur Herstellung des sehr billigen Wasserstoffes genutzt. Dies wird viele Produkte billiger machen. Dünger werden im Preis fallen. Die Verflüssigung von Kohle wird kosteneffektiv sein. Die Kosten können reduziert werden von 17 Pfennig pro Liter auf 7 bis 8 Pfennig pro Liter. Auf diese Weise können etwa eine Milliarde Reichsmark eingespart werden, welche derzeit für Ölimporte ins Ausland fließen.«

GRÜN MIT BRAUNEN FLECKEN

Kommt Ihnen das bekannt vor? Die grünen Ideen sind also gar nicht neu, sondern reichen zurück auf die gleichen Vorstellungen, wie sie bereits die Nazis hatten. Unabhängigkeit von anderen Ländern durch Windanlagen (Reichskraftturm) und Wasserstoff. Bei der aktuellen Lage wird die Eigenversorgung inzwischen als einziger Weg aufgezeichnet. Günstige Energie aus Russland scheidet aus ideologischen Gründen jedenfalls aus. Der Verbrenner wurde von der EU bereits verboten und nach dem CO_2-Handel der Länder steht der nächste Schritt bevor: der persönliche CO_2-Verbrauch. Dieser soll mit einem intelligenten Stromzähler messbar gemacht werden, der Einbau wird demnächst zur Pflicht werden. Dann läuft die Waschmaschine eben nur noch, wenn der Wind kräftig weht. Denkbar wäre dann auch, dass man den Gesamt-CO_2-Verbrauch des Menschen messen kann. Bist du sparsam, wird dir sogar der Urlaubsflug genehmigt, oder das *Steak* an der Supermarktkasse freigeschaltet.

Ob die globale Erwärmung tatsächlich am CO_2 festzumachen ist, spielt keine Rolle und als Jurist kann ich dies nicht beurteilen, aber schließlich braucht man ja einen Messwert, mit dem man das Handeln der Menschen dann kontrollieren kann – nun muss ich an den PCR-Test denken.

Dies würde jedenfalls auch erklären, warum alleine auf Strom gesetzt wird, denn damit lässt sich der Gesamtverbrauch eines Menschen in Zukunft viel einfacher messen, als wenn man zahlreiche Energieträger zulassen würde. Vielleicht gibt es dann auch eine Telefon-App von der Regierung und bei einem ökologisch vorbildlichen Verhalten kannst du auch noch Euro-Bonuspunkte auf dein Zentralbankgeld erhalten.

Mit solchen technischen Möglichkeiten hatte Hermann Honnef damals jedenfalls sicherlich noch nicht gerechnet. Willkommen in der schönen neuen grünen EU – dem einzigen Kontinent, der die Welt retten wird. Und endlich hat sich eine deutsche Ideologie durchgesetzt, denn am deutschen Wesen soll bekanntlich die Welt genesen. Nun erst mal Europa, aber wer weiß ...



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Nicht mit uns: Eine von einer kranken Ideologie getriebene Partei terrorisiert das ganze Land. Foto: Steve Schramm

Demokratiebewegung



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BUXTEHUDE: Montag ab 19 • Buxtehuder Tagblatt • Am Markt
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag ab 15 Allgäuer • Zeitung Kaiser • Max Platz 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh Greene Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
IMMENSTADT: Donnerstag ab 14 • Allgäuer Zeitung • Stadtbrunnen
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag ab 19 • Rheinzeitung • Clemensplatz
LEIPZIG: Montag ab 19 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNSTER: Montag 16.30 • WDR Rundfunk • Mondstr. 144
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OELSNITZ: Dienstag ab 16 • Freie Presse Vogtl. • Wallstr. 1
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SCHWÄB. HALL: Montag ab 18 • Haller Tagblatt • D.Bonhoeffer Platz
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag ab 18 • Südkurier • Hofstatt
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 4.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.3.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 4.3.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 4.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.3.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 4.3.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 4.3.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.3.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 5.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 5.3.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 6.3.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 6.3.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 6.3.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 6.3.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.3.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 6.3.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 6.3.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 6.3.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 7.3.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.3.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 7.3.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.3.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 7.3.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 8.3.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 8.3.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 8.3.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 8.3.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 8.3.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 8.3.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 8.3.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 8.3.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 8.3.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 9.3.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 9.3.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 9.3.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 9.3.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 9.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 9.3.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 9.3.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 9.3.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 10.3.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 11.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.3.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Alt-Friedrichsfelde 82	Autokorso
Sa, 11.3.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 11.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.3.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 11.3.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 11.3.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.3.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 11.3.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 25.3.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.3.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 11.3.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 18.3.2023 14-19 Uhr	Berlin, Hermannplatz	FRIEDENSDEMO
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSDEMO
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung
Mi, 5.4.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



VERHALTENES VERHALTEN ZUR UNVERHÄLTNISMÄSSIGKEIT

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Ein KOMMENTAR *zum Gewissen von Polizisten und der Achtung von und dem Vertrauen in staatliche Institutionen. Vom Verein Polizisten für Aufklärung*

Die Wohlverhaltenspflicht für Beamte leitet sich ab aus dem Paragraph 34 des Beamtenstatusgesetzes. Dort heißt es:

»Beamtinnen und Beamte haben sich mit vollem persönlichem Einsatz ihrem Beruf zu widmen. Sie haben die übertragenen Aufgaben uneigennützig nach bestem Gewissen wahrzunehmen. Ihr Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes muss der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die ihr Beruf erfordern.« Ergänzend kann ausgeführt werden: »Der Beamte ist auch außerdienstlich, das heißt in seiner Freizeit, verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung schadet. Ein ansehensschädigendes Verhalten stellt zwangsläufig eine Verletzung der Wohlverhaltenspflicht dar und hat als Dienstvergehen disziplinarrechtliche Konsequenzen.«

So weit, so selbstverständlich für den gemeinen Polizeibeamten. Genauso, wie bei den allermeisten weiteren beamtenrechtlichen Pflichten, kommt man im Prinzip als pflichtbewusster und vernunftbegabter Beamter im Normalfall mit dieser Pflicht nicht in Konflikt. Ein Beispiel für eine Missachtung der Wohlverhaltenspflicht wäre eine Tätowierung mit verfassungsfeindlichem Inhalt. Aber auch Aussagen, wie »Die Polizei misshandelt regelmäßig Menschen und nimmt sie willkürlich in Gewahrsam«, sind natürlich dazu geeignet, das Ansehen der Polizei als Teil der öffentlichen Verwaltung zu beschädigen und stellen somit logischerwv eise einen Verstoß gegen die Wohlverhaltenspflicht dar. Im Verlauf der vergangenen drei Jahre hat sich allerdings eine sehr spezielle, für uns Polizeibeamte vollkommen paradoxe Situation ergeben.

Beamte, die von Beginn an skeptisch waren, was die Verhältnismäßigkeit und damit die Rechtmäßigkeit der Coronamaßnahmen betraf, erkannten sehr früh, wie stark das Ansehen der Polizei und das Vertrauen in die Polizei dadurch beschädigt wurde, dass die (teilweise rechtswidrig) angeordneten (teilweise rechtswidrigen) Maßnahmen (teilweise rechtswidrig) durchgesetzt wurden. Dieser Ansehens- und Vertrauensverlust betraf den Teil der Bevölkerung, der ebenfalls erkannt hatte, dass die jeweiligen Maßnahmen weder geeignet, noch erforderlich und schon gar nicht angemessen waren. Und dieser Teil der Bevölkerung umfasste viele Millionen Mitbürger. Im Sinne der Wohlverhaltenspflicht hätten demzufolge eine ganze Menge an Disziplinarverfahren gegen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem »höheren Dienst«, eingeleitet werden müssen. Natürlich ist das nicht passiert.

Nichtsdestotrotz wurde eine Missachtung der Wohlverhaltenspflicht im Verlauf der letzten drei Jahre vielen kritischen Polizisten zum Vorwurf gemacht und disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet.



EMMA UND DW

»Wir lassen uns nicht einschüchtern, auch nicht durch das Gerede über die mangelnde Distanz zur extremen Rechten!« Alice Schwarzer forderte stattdessen mehr »Menschlichkeit in die Politik!«. Denn »die Menschen wissen es besser«. Die Gründerin des Magazins *Emma* und weltbekannte Intellektuelle Schwarzer machte am 25. Februar 2023 vor dem Brandenburger Tor in Berlin in ihren Standpunkt klar. »Wir sind für soziale Gerechtigkeit, wir sind gegen Gewalt, wir sind gegen Krieg«, wiederholte die »Linke« und Feministin Schwarzer die Bedingungen der Demokratiebewegung seit 28. März 2020 für die parteiübergreifende Volksfront (Querfront) klar. Die alten »Etiketten« seien »längst ausgehöhlt«. Weit mehr als 50.000 Demonstranten waren nach dem Aufruf der beliebten Sozialistin Sahra Wagenknecht, der Publizistin Schwarzer und vieler weiterer zusammengekommen. Am 25. März 2023 begeht die neue deutsche Demokratie- und Friedensbewegung ihren III. Geburtstag, 15 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. (bat) Foto: Georgi Belickin



ABFLUG!

Am Sonntag, den 26. Februar 2023 kamen im Rheinland-Pfälzischen Ramstein rund 5.000 Demokraten zusammen, um den Abzug der US-Soldaten aus Deutschland zu fordern. »Raus aus der Nato, Nato raus!«, war die Devise. Die von der USA kontrollierte Luftbasis Ramstein ist eine zentrale Schaltstelle im Krieg der Nato gegen Russland. Hier wurden beziehungsweise werden US-Atombomben gelagert und von hier aus wurde der destabilisierende Drohnenkrieg im Nahen Osten gesteuert. Auf dem Pfälzischen Betonacker traf sich auch kürzlich US-Präsident Joseph Biden mit internationalen Waffenschiebern, um die Aufrüstung der Ukraine zu besprechen. »Die Russen sind nach 1990 mit ihren Waffen nach Hause gegangen und bekommen unseren Dank für die Niederschlagung der Nazis. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Also, auf Wiedersehen, USA und danke! «, so eine Demokratin vor Ort. Foto: Georgi Belickin.

DIE GELENKTE OPPOSITION

Warum wir nicht mit dem kritischen Denken aufhören sollten.
Von Paul Brandenburg

»Moderate« Kritiker der Coronamaßnahmen tingeln derzeit durch die *Talkshows* und biedern sich der Macht an, indem sie die Kritiker der vergangenen Jahre diskreditieren. Wir müssen ihnen entgegentreten. Denn die Art der Aufarbeitung der Coronaverbrechen ist die Weichenstellung für unsere Republik.

Im März 2020 begann der offene Kampf der Regierungen gegen unser Grundgesetz unter Hinweis auf eine angebliche Pandemie. Dieser Krieg dauert an, und ein Ende ist nicht in Sicht. Ein Redakteur der *Jungen Freiheit* geißelte diesen Zustand kürzlich mit Recht und mit Verve. Voran stellte er seinem Text eine scheinbare Harmlosigkeit. Niemand, meinte dessen Autor Frank Hauke, habe »damals im März 2020 ahnen können«, dass die Verletzung unserer Grundrechte von Dauer sein würde. Diese Behauptung aber ist so falsch wie gefährlich. Sie denunziert nicht nur alle, die sich dem Regimeterror seit Beginn an entgegenstellen. Sie verstellt auch den Blick auf die Täter und deren Ziele. Leider ist sie symptomatisch für eine wachsende Gruppe »moderater Kritiker«, die sich dem *Mainstream* wieder anzubiedern versuchen.

BEREITS AM 28. MÄRZ 2020: ERSTE VERSAMMLUNG GEGEN CORONAREGIME

Am 23. April 2020 fand vor Merkels Kanzleramt eine Demonstration statt. Ein Protest gegen das Corona-Demonstrationsverbot. Zwölf Menschen demonstrierten mit »Masken« und meterweise Abstand; unter ihnen auch der Autor dieses Textes. Sie präsentierten schweigend Schilder, mit Aufschriften wie »Sicherheit ohne Freiheit bringt Diktatur«. Umgeben waren diese Demonstranten von ebenso vielen Polizisten. Und just genau für die Dauer ihres einstündigen Protestes setzte der »Carillon«-Glockenturm neben dem Kanzleramt zu einer ebenso lauten wie unangekündigten Probe seines Spieles an. Die Demonstranten gründeten wenige Tage danach den Verein 1bis19, der sich zum Ziel setzte, die unverhältnismäßigen Grundrechtseinschränkungen aufzuheben und deren Einführung juristisch aufarbeiten zu lassen. Zusammengefunden hatten die ersten Mitglieder sich bereits Ende März, als die ersten »Versammlungsverbote« beschlossen wurden. Die Deutsche Presseagentur (*dpa*) diffamierte ihren Verein prompt mit der Falschmeldung, er sei Veranstalter von Demonstrationen von Attila Hildmann. Der verantwortliche Nachrichtenchef der dpa bekundete nachträglich zwar Bedauern und sprach davon, den »bedauerlichen Fehler« beheben zu wollen. Bis heute aber tauchen diese Falschbehauptungen der *dpa* immer wieder in Foto- und Nachrichtenarchiven auf. Ein Zufall oder ein Versehen sind hier ebenso unwahrscheinlich, wie in der sonstigen Choreographie des Pandemie- und Impfbetruges.

FRÜHER VERSCHWÖRUNGSTHEORIE, HEUTE ANERKANNTE WAHRHEIT

Nahezu alles, was dazu früher als Verschwörungstheorie diffamiert wurde, hat sich inzwischen bewahrheitet: von der Wirkungslosigkeit der »Masken«, über die Gefahren des Behandlungszwanges mit mRNA-Arzneimitteln (»Impfpflicht«), bis hin zur staatlichen Unterdrückung kritischer Medienbeiträge durch polizeiliche und geheimdienstliche Mittel (»Twitter Files«). Wer die Systematik der Propaganda früher oder wer sie erst später erkannte, ist unerheblich. Ein Fehler wäre es, denen, die sie erst später erkannten, Vorwürfe zu machen.

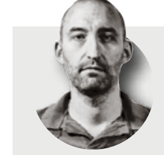
RELATIVIERUNG VERHINDERT DIE AUFARBEITUNG

Von kritischer Bedeutung aber ist es, jeden Versuch der Relativierung der Eindeutigkeit und auch jeden Versuch der Relativierung der Erkennbarkeit zu vermeiden. Denn eine solche Verharmlosung spricht die Heerscharen an Mittätern frei, ohne die der Corona-Faschismus nicht zu installieren gewesen wäre. Diese Mittäter ziehen bereits durch die staatsnahen Medien, um mit Vorwürfen gegenüber anderen von der eigenen Schuld abzulenken. Ein Beispiel dafür bot etwa Heribert Prantl in der Sendung von Markus Lanz im *ZDF*. Prantl war einst Richter im München und mit richterlicher Strenge hielt er dem anwesenden Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor laufender Kamera dessen Verfehlungen vor. Nur um am Ende all seine berechtigte Kritik wieder zu entwerten, als er anfügte, Lauterbach sei »mit schuld daran, dass es die Querdenker gab«, weil »er Andersdenkende als Verschwörungstheoretiker bezeichnet« hatte. So zutreffend der Vorwurf ist, so abgründig ist, wie sich Prantl implizit von den Querdenkern abgrenzt. Durch seine Formulierung will er einzig seine nachträgliche Regimekritik als »zulässig« darstellen. Hinzu kommt die Vergangenheitsform, die er im Zusammenhang mit Querdenken benutzt. Damit unterstellt er, dass die Anliegen dieser Menschen sich bereits erledigt hätten und die Kritik historisch überholt wäre. Das Gegenteil aber ist der Fall.

WIR UND SIE WISSEN, DASS SIE WISSEN, DASS WIR ALLE WISSEN, DASS SIE LÜGEN

Die Wirkung solcher Abwertungen der frühen Kritiker ist verheerend. Nicht nur, weil dadurch die Betroffenen erneut erniedrigt werden. Sondern weil so unterstellt wird, dass die Unrechtsamtkeit der Taten Spahns, Lauterbachs, Drostens, Wielers und so vieler anderer erst im Nachhinein erkennbar geworden sei. Das Gegenteil ist aber auch hier bewiesen. Relativierer vom Typus Prantl mag die Absicht treiben, das eigene Schweigen zu den Hochzeiten des Maßnahmenterrors zu relativieren. Menschlich ist dies verständlich. Akzeptabel allerdings nicht. Denn zur Aufarbeitung des Terrors ist es notwendig, dessen Kontinuität zu erkennen, von Merkels früheren Unterminierungsmaßnahmen unseres Staates (»Flüchtlingskrise«, Kemmerich-Wahl), bis zum heutigen Vollbild der Demokratieverachtung durch alle Altparteien. Der jetzige Zustand wurde planvoll herbeigeführt, und die inszenierte Pandemie war ein Teil dieses Vorhabens.

Wer behauptet, »niemand« habe ahnen können, dass die Regimeparteien mit den sogenannten Coronamaßnahmen planvoll unser Grundgesetz bekämpfen, degradiert die frühen Kritiker seinerseits zu Verschwörungstheoretikern. Er spricht ihnen ab, dass sie von objektiv vorhandenen Verdachtsmomenten geleitet waren, und wertet ihre Warnungen als Einbildungen ab. Gleiches gilt für die freche Aussage, »beide Seiten« hätten Fehler gemacht. Der Cartoonist Bob Norman brachte es wie kein zweiter mit einer Zeichnung auf den Punkt: Zwei Inquisitoren rufen einer brennenden Frau auf einem Scheiterhaufen zu: »Ok, Sie sind keine Hexe. Aber beide Seiten haben Fehler gemacht.«



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS- AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, demokratischerwiderstand.de) in der Bestandsaufnahme.

• DIE USA UND NORWEGEN HABEN DIE FERNWÄRMELEITUNGEN IN DER OSTSEE GESPRENGT

K.S.S.: Seymour Hersh hat ja oftmals Quellen, die er nicht nennen will, nicht nennen darf. Das ist der klassische Quellenschutz des Journalisten, des Whistleblowers in diesem Fall. Wenn derjenige bekannt wäre, der ihm die Details zur Sprengung von Nord Stream genannt hat, wäre der morgen tot. Oder es würde ihm ergehen wie Julian Assange. Die New York Times schrieb ihren früheren Autoren und Pulitzer-Preisträger zum »Blogger« herunter.

Die New York Times konnte den Beitrag [zur Aufklärung der Sprengung] selber nicht mehr veröffentlichen, weil sich die Besitzverhältnisse verändert hatten, ähnlich wie bei der Washington Post. Hersh gehört jedenfalls zu den wenigen investigativen Journalisten, die sich das noch leisten können. Joseph Biden und Victoria Nuland hatten die Sprengung ja angekündigt. Nuland sagte zuletzt, sie finde es toll, »dass ein Haufen Schrott am Boden der Ostsee liegt«. Interessant ist, dass die Amerikaner das schon vor dem Einmarsch in die Ukraine geplant hatten, und zwar im Dezember 2021... was ist eigentlich mit diesen Deutschen los?

A.L.: Die wurden auch psychisch sturmreif geschossen. »Ami, go home«, das ist eine Parole, der ich mich vor ein paar Jahren noch nicht angeschlossen hätte. Ich lege immer noch genau dasselbe ethischen Maßstäbe an die Wirklichkeit an, messe sie daran, und komme damit heute zu diesem Schluss. Das US-Imperium ist in Panik geraten. 2019 ist dessen noch gigantischer angewachsene Finanzblase im Grunde wieder geplatzt. Die USA sind in gigantischem Umfang in China verschuldet, sodass es niemals reparabel sein wird. Trump hatte mit herkömmlichen – sozialdemokratischen und liberalen – Mitteln versucht, daran herumzuschrauben. Ihr Problem können die USA aber so nicht lösen.

Das muss man dem Tiefen Staat, der Trump weggeputscht hat, immerhin zu Gute halten, dass es mit dessen Methoden nicht gelingen kann – und jetzt schlagen sie um sich. Mit der Nord-Stream-Sprengung dürfte jetzt auch das Prinzip der Einflussphären neuerlich bewiesen sein. Gegen Russland heißt es ja immer, es habe keine Einflussphäre, es gebe eine freie Welt und die freie Entscheidung von Nationen. Ganz offenbar sind wir zumindest mal die Einflussphäre der Amerikaner.

Korporatistische und faschistische Strukturen, die da am Wirken sind – übrigens seit über 100 Jahren – sind offenbar der Ansicht, dass sie einfach mal zivile Erdgas-Versorgungsleitungen in die Luft sprengen dürfen, weil ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen wichtiger seien. Es ist übrigens nicht nur die Wirtschaft betroffen, sondern zuerst die Endabnehmer, nämlich alle, die eine Heizung haben.

Mehr Bestandsaufnahme über *Apolut.net* sowie *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

»Es geht schon lange nicht mehr um Links oder Rechts!«

Ignaz Bearth berichtet von seiner Arbeit in Ungarn und erklärt, an welchem Punkt er die Widerstandsbewegung derzeit sieht und warum er sehr zuversichtlich ist.

DW: Ignaz, Du betreust am Balaton den Aufbau von »Stützpunkten« für die deutschsprachige Gemeinschaft. Was hat es damit auf sich?
I.B.: Wir bringen Menschen zusammen, die Deutschland im Herzen tragen, sich dort aber nicht mehr wohlfühlen und nach drei Jahren »Ompfverschissmus« rauswollen aus dieser Matrix, weil sie wissen, dass Corona erst der Anfang der weltweiten Agenda des *Great Reset* war. An jedem unserer inzwischen 20 Stützpunkte helfen wir ihnen bei der Integration und bei Behördengängen. Wir sind eine verschworene Gemeinschaft, bei uns ist niemand allein.



Der Schweizer Ignaz Bearth ist ein Patriot, politischer Aktivist, *Livestreamer* und *Vlogger*. Er wanderte im Herbst 2021 nach Ungarn aus. Auf *YouTube* hat er rund 100.000 Abonnenten. Foto: Privat

DW: Immer mehr Deutsche kehren ihrer Heimat den Rücken. Wenn alle abhauen, ist der Widerstandskampf dann nicht verloren?
I.B.: Im Gegenteil: Was wir machen, ist eine Reorganisation des Widerstandes. Es ist ja nicht so, dass wir passiv sind. Was mich betrifft: Für meine Arbeit ist es irrelevant, wo ich lebe. Aber ich habe hier den großen Vorteil, dass mich das Regime nicht morgens um fünf Uhr besuchen und dann wegsperren kann.

DW: Viele Auswanderer zieht es eher nach Spanien oder Italien. Was spricht für Ungarn?
I.B.: Ungarn ist ein christliches Land, hat also eine ähnliche Kultur wie wir. Das ist in Italien und Spanien, wo die Umvolkung bereits massiv fortgeschritten ist, längst nicht mehr gegeben. Zudem waren diese Länder beim »Ompfverschissmus« ganz vorne dabei, während es in Ungarn nur eine *Light*-Version der »Pandemie« gab. Dank der Politik von Viktor Orbán gibt es hier noch demokratische Verhältnisse und Meinungsfreiheit. Zudem herrscht am Balaton ein mildes Klima und es lebt sich deutlich günstiger als im Westen.

DW: Orbán geht klar auf Distanz zum Kriegskurs des Westens ...
I.B.: Richtig. Er vertritt im Großen und Ganzen nicht die Interessen der EU, sondern primär die des ungarischen Volkes, das mit einer unglaublichen Mehrheit hinter ihrem Präsidenten steht. Orbán ließ im Januar in Ungarn abstimmen: 97 Prozent der Bevölkerung sind gegen die Russland-Sanktionen. Er wird immer gefährlicher für die EU, die deshalb einen Wirtschaftskrieg gegen Ungarn führt. Aber Orbán ist ein schlauer Fuchs.

DW: Er prophezeit: »Das aktuelle politische System in Europa wird kollabieren.« Wie siehst Du es?
I.B.: Genauso. Das Fundament einer Nation ist im Großen das Volk, im Kleinen sind es die Familien. Wie ist die Familienpolitik in den meisten EU-Ländern? Katastrophal! Man spürt den Widerstand der Normaldenkenden.

DW: An welchem Punkt steht die Widerstandsbewegung gerade?
I.B.: Wir waren nach Corona in einer Findungsphase. Jetzt lautet unsere Forderung: Wir wollen den ersten Weltfrieden, nicht den Dritten Weltkrieg! Dass nun Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer mit auf unserer Seite stehen, ist großartig. Ich freue mich sehr über diese Querfront. Es geht schon lange nicht mehr um Links oder Rechts. Wir sitzen alle im selben Boot und müssen uns die Hände reichen, wenn wir nicht als Kanonenfutter enden wollen. Allein in den letzten zwei Wochen haben wir mit München und Berlin gezeigt, wie viele wir sind. Und wir haben noch Potenzial für deutlich mehr.

DW: Wie beurteilst Du das ständige Rechts-*Framing* der *Mainstream*-Medien?
I.B.: Sie berichten so, wie es die Obrigkeit verlangt. Das ist ihr Job, schließlich sind sie Huren der Hochfinanz. Mir ist es egal, ob sie mich als Nazi, Reichsbürger oder Mülltonne bezeichnen. Diese Stigmatisierung wird ihnen bei Sahra Wagenknecht nicht gelingen.

DW: Mit welchen Gefühlen blickst Du in die Zukunft?
I.B.: Ich bin absolut positiv gestimmt. Mein Motto lautet: Leben ist Kampf und zwar ein Leben lang. Wer glaubt, man geht jetzt mal zwei, drei Monate in den Widerstand und dann ist alles wieder gut, ist naiv. Unser Gegner ist Experte in psychologischer Kriegsführung und Manipulation, aber wir sind wachsam und schlau. Wahrheit und Gerechtigkeit sind auf unserer Seite. Erst einmal müssen wir den Informationskrieg gewinnen, dann holen wir uns die Straßen und zum Schluss das Parlament.

DW: Ignaz, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Müller.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

WIDERSTAND IST WAHRHEIT, FREIHEIT, LIEBE – PERSONALWECHSEL IN REDAKTION SIND ÜBLICH

Liebe DW-Team, danke für die Ausgabe 120. Chapeau! Welch' eine Leistung – eine harte, zeitbewegende, aufrührerische Arbeit. Ich wollte das Abo auslaufen lassen, weil mir die Sprache zu oft nicht gefällt. Ausgabe 120 hat Euch bis auf die eine »Dreckratte« rehabilitiert. Eine gute Ausgabe. Ich werde im April mein Abo verlängern. Bedenkt immer: Der Widerstand zeichnet sich durch Wahrheit, Freiheit, Liebe aus. Manch eine Telegram-Befragung war mehr als roh und deplatziert. Auch sollten die Abonnenten ein wenig über die vielen Wechsel in Eurer Redaktion erfahren. Danke für viele gute Artikel.
– Susanne v. Schwanenflügel,
Frankreich

GESCHENKT, GELESEN UND WEITERGEREICHT

Mehrere Zeitungen bekam ich geschenkt, habe sie interessiert gelesen und anschließend weitergereicht. Danke an die komplette DW-Redaktion für diese Berichte.
– Elke D.

DER DW SPENDET HOFFNUNG UND ZUVERSICHT

Liebe Mitarbeiter, vielen Dank für die wunderbare Zeitung. So erlebe ich samstags immer einige freudige Augenblicke. Auch spendet mir Ihre Zeitung Hoffnung und Zuversicht. Ich wünsche Ihnen alles Gute.
– Kerstin W.

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Du bist Deutschland!

ESSAY von Anselm Lenz

Ein Mann, etwa Ende Dreißig, schlendert die Landsberger Allee hinunter. Ihm steht eines der Miet-E-Fahrräder im Weg. Unvermittelt tritt er es mit voller Wucht auf die karge Berliner Grünfläche. Der Mann, nennen wir ihn Torsten, geht weiter. Faxen dicke.

Die Mitarbeiterin einer Tankstelle muss die entwürdigende Plastik-Uniform des Shell-Konzerns tragen. In dieser *Teletubbie*-Verkleidung putzt sie die Kaffeemaschine, muss Fabrikbrötchen aufbacken, die Bockwürste heißmachen und den Kloschlüssel verwalten. Neben allem andern. Zum Beispiel den Beruf selbst als Kassiererin, genannt *Job*. Sie hatte einmal Fachkraft werden wollen, allein die Angebote fehlten. Was am einstmals ehrbaren Beruf der Kassiererin heute so mies sein soll, dass Shell sie derartig mies behandelt, weiß sie nicht. Und auf welche Stellen sich die Fachkräfte bewerben sollen, die ihre Regierung fleißig anwirbt, ist ihr auch unklar. Für sie war bislang nichts, aber auch gar nichts drin. Rassistin ist sie nicht, das geht in Berlin auch gar nicht, wenn man ein aktives Leben führen will. Ihr Freund heißt Shlomo. Beide zusammen müssen mit rund 2.000 Euro netto über die Runden kommen. Eine Erbschaft steht auch nicht in Aussicht. Damit ist eine Familiengründung ausgeschlossen, geschweige denn Urlaub, Auto, Bausparvertrag. Nichts, keine Kinder, kein Gärtchen, gar nichts.

Hinter der Corona-Plexiglasscheibe vor dem Kassen-»Terminal« verschwindet sie fast. Eine Zigarettenwerbung kündet über ihrem Kopf von der Freiheit amerikanischer Highways mit Fluppe. Im Konzernradio läuft irgendein bassig aufgezuckerter Beschleunigungs-Synthie-*Popsong*.

Demnächst soll die Tankstellen-Arbeiterin, nennen wir sie Melanie, vom Konzern durch einen Roboter ersetzt werden. Die Schlange ist diesmal lang, Melanie ist mal wieder alleine im gelb beleuchteten Tankshop. Die Leute stehen sich die Beine in den Bauch, die Verkäuferin auch, ihre Bewegungen wirken so, als habe sie es schon mit Mitte Dreißig in der Hüfte. Eine ältere Frau ist verzweifelt, sie hat ein Problem mit ihrem Auto an Zapfsäule drei. Doch in Tankstellen gibt es schon lange niemanden mehr, der sich auch nur mit Ölnachfüllen auskennt. Der Flachbildschirm im Gang zeigt die Aufnahmen der Überwachungskameras im Shop. Eine andere Frau kramt zwischen »Fisherman's Friend« und »Haribo Riesenpommes«.

Schon wieder klemmt die Kartenzahlung, Unmut äußert sich nur noch nonverbal, passiv-aggressiv. Stöhnen, Scharren mit den Füßen. Melanie hat genug von den »Herausforderungen der Digitalisierung«, holt mit dem kabellosen Kartenleser aus und haut die Digitalanzeige von der Überwachungskasse. Dann tritt sie mit vollem Schwung aus der Hüfte in die Kaffeemaschine, die einem Replikator der Serie »Star Trek, the next generation« nachempfunden scheint. Faxen dicke. Sie verschwindet im Rückraum und packt ihren Rucksack. Schicht-Ende, selbstgewählt und final. Die Kunden sind verblüfft, aber heiter. Endlich tut mal jemand etwas gegen die Hölle auf Erden. Wir wollten hier alle nicht sein, es ist ... nicht unsere Welt. Wer jetzt kassiert? Niemand.



Das Maß ist voll, die Nerven liegen blank: Das Leben und Arbeiten in dieser »Hölle auf Erden« wird immer seelenloser. Erst versklavte man die Menschen, nun werden sie zunehmend durch Roboter ersetzt. Das ist nicht unsere Welt. Collage: Feuerstacke/DW.

Ein Berliner Museumsbau. Mal wieder wird eine seelenlose Geisterbahn-Installation von Ólafur Elíasson als Kunst verkauft. Unförmige Körper tapsen durch Nebelschwaden und regenbogenfarbene Dreiecke, die in die Schwaden der Nebelmaschinen projiziert werden. Eine einzige Verarschung ohne Inhalt, ohne jeden neuen künstlerischen Wert seit Pink Floyd und der der »dunklen Seite des Mondes«. Im Grunde ein Abklatsch der LSD-Kunst der 1970er Jahre also.

KALT, MODERN UND TEUER

Die Kartenverkäuferin im Foyer muss für Mindestlohn arbeiten und soll den Besuchern 20 Euro fürs Familienticket abknüpfen. Sie kaut Kaugummi, und, oh Wunder, liest dabei ein paar Zeilen in einem Buch. Irgendwelche *Culture*-Karten sollen Rabatte versprechen. Im Museumsshop werden Devotionalien verkauft, die sich kaum von H&M unterscheiden. Der Verkäufer befindet sich in einer Maßnahme und hat noch nicht Glück gehabt. Er sieht gut aus und wurde von der Verwaltung hierhin gesteckt. Beide müssen Hemden tragen, als wären sie bei *McDonald's*. Und das sind sie ja praktisch auch.

Eine Familie will den Hartz-4-Rabatt, aber irgendwas klemmt im System. Die Kulturticketfrau kaut Kaugummi und winkt die Leute durch. Als die Familie doch noch am Drehkreuz aufgehalten werden soll, beginnt die Mutter auf die Apparatur einzudreschen. Die zum Vieh Gemachten begehren auf gegen die Apparaturen der Lagerhaltung. Das Ganze geht nicht gut aus, aber niemand hat heute Bock auf Stress. Der Vierjährige reißt beim Gehen noch eine Pflanze um. Faxen dicke.

Die Korruptionsruine BER-Flughafen. Zwei im Grunde einfache Hallen und zwei Asphalttrassen in der Landschaft, ohne viel Verstand und mit noch weniger Esprit errichtet. Aber Milliarden verbrannt und 15 Jahre gebraucht. Im mittlerweile eröffneten Politmafiaprojekt BER kreuzen nun Sextouristinnen aus den USA und Italien den Weg, gekommen, um die letzten Reste der Berliner »Clublandschaft« zu besuchen. Sie laufen hinter den unklug angelegten Rolltreppen ineinander und dann Slalom um die Schlangenständer, wie überall auf der Welt. Paul Virilio nannte diese Architektur »Nicht-Orte«. Die Kinderschändermaske in den Gesichtern verhindert, sich in schlechtem Englisch beieinander zu entschuldigen. Augenkontakt wird vermieden, stattdessen das Handy gezückt. Ein paar »Tickets« der verschiedenen *Apps* wollen bedient werden.

DON'T KILL THE MESSANGER

Es sind Orte, die nach Michel Houellebecq allenfalls noch dazu geeignet wären, sich in einem finalen Akt des Menschsein zu erhängen. Doch sogar die Tragik wäre von kurzer Dauer. Der Putztrupp hätte spätestens in 35 Minuten alle Spuren beseitigt. Der *Duty-Free-Shop* würde wieder öffnen und die Störung im Betriebsablaufs wäre erledigt. So kann man sich wieder über Schneegestöber in Toronto aufregen. Verspätung!

Da flippt eine Amerikanerin aus, wirft das Handy zu Boden und trampelt darauf herum. Ihre Kinderschändermaske bekommt einen feuchten Rand von den Tränen. Ein Mann in Anzug mit Turnschuhen versucht, sie zu beruhigen. Frauen haben noch immer den Vorteil, bei Ausrastern nicht von Sicherheitstrupps zu Boden geworfen und als *Hooligans* abgeführt zu werden, sondern im Gegenteil Hilfebedürftigkeit zugesprochen zu bekommen. Weibliche Gewalt ist gute Gewalt. Die italienische Gruppe murmelt, der Freund der US-Bürgerin habe sich wohl per *Social Media* von ihr getrennt und sie die Wut am Telefon ausgelassen. Ein Splitter des Telefons ist vor meinen Füßen zu liegen gekommen. »Don't kill the messenger«, fällt mir dazu ein. In dem Fall war es wohl das neueste *Samsung Galaxy*.

DER AUFSTAND BEGINNT ALS SPAZIERGANG

Szenenwechsel. Ein Politiker steht kurz vor der Berliner Wiederholungswahl auf dem Vorplatz eines *Rewe*-Supermarktes. Ein Anwohner, der seine halbleere Einkaufstüte an ihm vorbeiträgt, beschimpft ihn als »Lügner« und als »Mörder«. Der hochbezahlte Funktionär holt sein Handy heraus. Sein Assistent beginnt bereits, die CDU-Stehfahne einzurollen. An der Ecke das Plakat der Satirepertei »Die Partei« mit dem Slogan: »Ganz Berlin hasst die Politik!« Der Anwohne stellt sich im Fünf-Meter-Abstand auf und brüllt das Polittrüppchen immer weiter an. Dem Kandidaten scheint nun doch die Schamesröte ins Gesicht zu steigen. Er dreht sich mit seinem Telefon in der Hand weg.

Es war eine blöde Idee, sich vor dem Supermarkt in Pankow aufzustellen. 500 Gramm vom abgepackten Fabrikschnittbrot mit dem langen Haltbarkeitsdatum kosten bei *Rewe* inzwischen 1 Euro 89 und aufwärts. Wer soll sich das mit kleinen und unteren mittleren Gehältern noch kaufen können? Zumindest schon beim Brotaufstrich wird es auf Dauer schwierig und in Städten kann man kaum selber Salat und Beeren ziehen. Der Assistent des Kandidaten fährt den schwarzen Stadt-*jeep* vor. Der Politiker packt den Ständer für die Parteifahne selber auf die Ladefläche. Der *Mercedes*stern macht unter Politikern noch immer Eindruck, hier löst er Abscheu aus. Eine Passantin, die unter dem Vordach des *Tedi*-Ein-Euro-*Shops* gestanden hatte, wirft mit ihrem mitgebrachten Thermosbecher nach der Karosse des Lokalpolitikers, aber das Geschoss trifft nur den Reifen und rollt dann über den Vorplatz des Supermarktes. Der Kandidat braust davon. »Das Pack« hatte Sigmar Gabriel, der damalige SPD-Vorsitzende, das Volk bereits im Jahr 2015 bezeichnet und damit den Weg in den Corona-Putsch mitbereitet. Hier sind es zwei Anwohner. Sie haben die Faxen dicke.

Alles Szenen, die ich in der zurückliegenden Zeit in Berlin und andernorts in der BRD erlebte. Vergangen Sonntag fand nun die Demonstration von Sahra und Alice am Brandenburger Tor statt. Es war der 25. Februar 2023. 130.000 Menschen waren laut Schätzungen unserer Freunde aus Frankreich gekommen. Sie hatten sich einen Überschicht verschafft und sie kennen sich aus mit Volksaufständen – und deren Schätzung. Der Regimefunk wird später die Zahl »13.000« verkünden. Wir kennen das aus dem Jahr 2020, als 1,3 Millionen zu »20.000« herunterdekliniert worden waren. Diesmal nur um den Faktor zehn. Auch wurden am Samstag keine Demonstranten durch das Regime getötet, wie noch im Januar 2022, als Boris Pfeiffer in einer sogenannten Polizeimaßnahme des damaligen Innensenators Andreas Geisel getötet worden war.

weitelesen auf eite 14

MELDUNG

INFLATION BLEIBT

Berlin/DW. In zwei Jahren sollen die Inflationszahlen besser sein – vielleicht. Der Chef der deutschen Bundesbank Joachim Nagel verkündete in einem Gespräch mit dem Sender Ntv, dass die Inflation bleiben soll. »Das ist eine hartnäckige Veranstaltung. Ich bin zuversichtlich, dass wir in zwei Jahren deutlich bessere Inflationszahlen sehen werden als die, welche wir heute ausweisen.« Besonders die alltäglichen Waren wie Lebensmittel und Energie sollen teuer bleiben. Anlass des Gesprächs war die Erwartung einer erneuten Erhöhung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank und die US-Notenbank. Die erhöhten Zinsen sollen die Inflationsrate senken, treiben jedoch auch die Schuldenzinsen von Staaten und Betrieben in die Höhe. Bundesfinanzminister Christian Lindner begründete zuletzt mit den steigenden Zinsen Kürzungen im sozialen Bereich. (hes)

NUN AUCH STREIKS IN DEUTSCHLAND

Berlin/DW. Der Nahverkehr steht still. Am Freitag, den 3. März 2023 streikt die Gewerkschaft Verdi, um in den Lohnverhandlungen mit Bund und Kommunen Druck aufzubauen. Forderung ist eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft hatte in den vergangenen Jahren, mit der konstant steigenden Inflation die Füße still gehalten und während Corona nichts für die Beschäftigten getan. Folge war ein Wegschmelzen des Lohnes durch die Teuerung. Mit den 10 Prozent wollen die Gewerkschaftler die Kaufkraft der Beschäftigten konstant halten. Staatsnahe Medien wie die FAZ unterstellten den Gewerkschaftlern, sie wären mit den steigenden Löhnen verantwortlich für die Inflation. Unabhängige Experten sehen den Ursprung in der Inflation in der Kriegspolitik, den historischen Corona-Milliardenschulden des Staats und einem umfassenden Niedergang des vorherrschenden Finanzmarktkapitalismus seit den 1990er-Jahren. (hes)

BERLIN SOLL VON GROSSER KOALITION REGIERT WERDEN

Knapp drei Wochen nach der Wiederholungswahl in Berlin hat Franziska Giffey (SPD) ihre Koalitionspläne mit dem Wahlsieger CDU bekräftigt, da Rot-Grün-Rot »kein gemeinsames, dauerhaftes und belastbares Projekt« mehr sei. Die Hauptstadt bekommt also höchstwahrscheinlich die GroKo (eine endgültige Entscheidung sollte nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe fallen). »Wir haben mit der CDU festgestellt, dass es sehr große Schnittmengen gab und gibt«, so Giffey. Rote Mainstream-Medien wie Die Zeit springen im Dreieck. Die SPD war mit 18,4 Prozent der Stimmen am 12. Februar deutlich hinter der CDU (28,4 Prozent) gelandet. Neuer Regierender Bürgermeister Berlins soll Kai Wegner (CDU) werden. (kmü)

WIR SIND ZU NICHTS MEHR ZU GEBRAUCHEN

Weil immer weniger Menschen beschäftigt werden können, wächst die Arroganz und die Angst der Herrschenden. | AUSZUG aus dem Konspirationistischen Manifest

In den letzten anderthalb Jahrhunderten haben die Architekten dieser Welt – nennen wir sie die »Kosmokraten« – dafür gesorgt, das nach und nach jeder Aspekt der Welt systematisch unserem Zugriff entzogen und uns in Form einer unzugänglichen Umwelt zurückgegeben wurde.

Wie Timothy Mitchell in seiner *Carbon Democracy* (dt. Kohlenstoffdemokratie) gezeigt hat, wurde der Übergang von Kohle zu Öl zuallererst durch die Tatsache motiviert, dass die Mine, egal was man sagt, in den Händen der Arbeiter blieb, welche sie beherrschten – sicherlich versklavt, aber unbestrittene Herrscher über das, was unter der Erde geschah. Das Öl mit seinen weit entfernten Anlagen, seiner komplexen Logistik, seiner arbeitskraftsparenden und weitgehend automatisierbaren Förderung, seinem Personal an Ingenieuren und seiner bewaffneten Geopolitik ermöglichte es, *den Völkern zu entfliehen*. Dies war dessen größter Vorzug.

Die Umstellung auf Öl war *Politik*, die in ihrer Folge einen kompletten wirtschaftlichen Umbau verlangte – sowohl der Produktion als auch des Konsums. Seitdem bestand jeder weitere Fortschritt des Kapitals darin, unsere Weltabgewandtheit zu verstärken, als wäre diese dessen unausgesprochenes Maß. Diese Sorge bestimmt die Automatisierung ebenso wie die Standortverlagerungen, den gesteuerten Übergang zum Virtuellen wie das sterile transgene Saatgut, den Aufbau globaler Märkte ebenso wie die supranationalen politischen Instanzen.

Wenn die nationale Ebene bereits der Ort unserer Enteignung war, so ist diese nunmehr grenzenlos. Dieser organisierte Verlust des Zugriffs auf die Welt bildet die Bedingung des modernen Menschen. Seine Bereitschaft zur Revolte ebenso wie seine Verdammung. Seine schabbeshafte Existenz ebenso wie den Abgrund seiner Depression. »Wir sind nicht mehr zu gebrauchen« – das kann als Klage verstanden werden oder als das entzückende Ende aller Knechtschaft.

ARCHITEKTEN UND ÜBERFLÜSSIGE

Die Ahnung, dass die Herren dieser Welt uns loswerden wollen, jetzt, da sie uns nicht mehr brauchen und alles von uns zu befürchten haben, hat nichts Irres an sich. Sie ist sogar der Seite des gesunden Menschenverstandes zuzuschlagen. Es ist eine alte Regierungsweisheit, dass es notwendig ist, das Volk ständig beschäftigt zu halten. »Gefährlich für den öffentlichen Frieden sind diejenigen, die kein Interesse an ihm haben« (Giovanni Botero, *Von der Staatsräson,* 1591).

Ein Unternehmer aus dem Silicon Valley, ein flüchtiger Papst der*New Economy* der 1990er Jahre, spekulierte schon vor über 20 Jahren in der *New York Times:* »Zwei Prozent der Amerikaner reichen aus, um uns zu ernähren, und fünf Prozent, um alles zu produzieren, was wir brauchen.« Alle *Bullshit-Jobs* der Welt reichen nicht aus, um die steigende Flut der Überzähligen in Bahnen zu lenken. Die Wiedereinführung von Arbeit sklavischer Natur – »jede Arbeit, die sich mit Sklavenarbeit misst, ob sie nun von Menschen oder Maschinen vollbracht wird, muss sich an die wirtschaftlichen Bedingung von Sklavenarbeit anpassen«, wie Norbert Wiener 1949 die US-amerikanische Gewerkschaft der Automobilarbeiter vorwarnte – wird an dieser Sache nichts ändern, ebenso wenig wie der Heißhunger auf allumfassende Kontrolle. Diese unmögliche Situation *kann nicht stabilisiert werden.*

Das ist das Pulcinella-Geheimnis dieser Epoche, das hier und da durchscheint, in Schlaglichtern. Daraus ergibt sich eine merkwürdige *rechtwinklige* Anordnung der Macht, sowohl der öffentlichen als auch der privaten. An der Spitze großer Firmen wie auch von Staaten ist die gleiche Anordnung zu beobachten, eine Handvoll Entscheidungsträger in einer männerbündischen und weltstürmenden Atmosphäre badend. Unterhalb dieses kleinen Nukleus enthemmter Horizontalität dann eine Vertikale, nicht der Macht, sondern *der Unterwerfung*. Eine schwindelerregende Kaskade zitternden Gehorsams, in Verwaltung wie in Unternehmen, welche nicht mehr zu verstehen versucht, was man sie tun lässt.

Eine solche Strukturierung, selbst wenn sie von staatlicher Gewalt und globalen Beratungsfirmen gestürzt wird, verfügt über eine sehr geringe Widerstandsfähigkeit. Sie ist ohne eigenes *Niveau*. Dieses Universum, in der einige wenige Architekten heimlich das Leben aller ihrer Zeitgenossen regeln, drängt verhängnisvollerweise zu Zynismus oder unverschämter Prahlerei. Weil sie uns wie eine Herde behandelt haben, haben sie uns für dumm gehalten. Sie glauben, dass sie alles sagen können und dass niemand irgendetwas hören kann.

HOCHMUT KOMMT VOR DEM FALL

Was sie an den Verschwörungstheoretikern wahnsinnig macht, ist, dass sie merken, dass ihre Wette nicht aufgegangen ist. Es reicht nicht aus, uns abzulenken und uns in Angst und Schrecken zu versetzen, um uns an der Leine zu halten. Wir informieren uns. Wir bilden uns weiter. Wir diskutieren. Wir lesen. Wir denken nach. Schlimmer noch: Wir bemühen uns, das, was wir glauben, verstanden zu haben, mit anderen zu teilen. Unsere Mittel sind zwar dürftig, aber wir sind noch lange nicht so weit, es aufzugeben, ihre Machenschaften zu durchschauen.

Je länger die Leine der elektronischen Kontrolle wird, je mehr das allumfassende *Reporting* die Illusion der Machthaber von Allwissenheit verstärkt, desto mehr Einfluss gewinnt eine kleine Anzahl von Kosmokraten auf das Leben einer immer größeren Menge von Menschen, und desto mehr hört man sie von ihrem machiavellistischen Momentum prahlen. Diese Aufschneiderei wird ihr Untergang sein.

Wir haben nicht vergessen, dass hinter Jeffrey Epsteins Heißhunger auf Vergewaltigungen seine eugenischen Fantasien stehen, seine Finanzierung der »besten Wissenschaft« Amerikas von Harvard bis Stanford, seine Abendessen mit Nobelpreisträgern, mit Sergey Brin, Elon Musk, Bill Gates oder Jeff Bezos, seine Millionen, die er dem MIT Media Lab gespendet hat. Und wir haben auch nicht vergessen, dass der Gründer des MIT Media Lab, der kein Problem darin sah, das Geld von Epstein zu nehmen, bereits in den 1970er Jahren kein Problem darin sah, das Geld der DARPA (Forschungsbehörde der US-Armee) anzunehmen, um für diese die *Aspen Movie Map* zu programmieren, den Vorläufer aller *Shooter*-Spiele und aller militärischen Kampfsimulatoren. Darauf lässt sich der Gebrauchswert von Reichtum und Macht zurückführen – auf den verschwenderischen Verbrauch junger Körper. Die Kunst zu Regieren gebiert nichts als Ungeheuer.

Das Konspirationistische Manifest *verfasst von anonym bleibenden französischen Autoren, erschien in deutscher Originalübersetzung im Sodenkamp & Lenz Verlag. Das viel diskutierte Werk leistet Hilfestellung zur demokratischen Überwindung des Krieges.*



FRIEREN GEGEN ERWÄRMUNG

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrün) will Öl- und Gasheizungen in Deutschland verbieten – und das schon im kommenden Jahr. Seinen Plänen zufolge dürfen ab dem Jahr 2024 nur noch Heizungen verbaut werden, die zu 65 Prozent mit sogenannten Erneuerbaren Energien betrieben werden. Kaputte alte Heizungen müssen durch neue ersetzt werden. Die Ankündigung verärgert vor allem Hauseigentümer mit kleinen und mittleren Einkommen, die seit Jahren die hohen Anschaffungskosten für ihre Heizung bei der Bank abbezahlen. Zuletzt hatten viele Bürger in ihre Öl- und Gasheizungen investiert, um der Forderung der Bundesregierung nach Energieeinsparungen gerecht zu werden. Nun sollen die Heizungen weg. Vor allem im ländlichen Raum gibt es kaum Möglichkeit, Häuser an ein Fernwärmenetz anzuschließen, wie es der Bundeswirtschaftsminister fordert. Ein Heizen mit Holz sehen viele Umweltschützer als bedenklich an und Stromheizungen sind wegen des instabilen Netzes, der hohen Strompreise und des hohen Energieverlustes laut Meinung vieler Experten unrealistisch. Der einflussreiche US-Milliardär Bill Gates befürwortete zuletzt den Einsatz von Mikro-Atomkraftwerken zur Deckung des Energiebedarfs. Ist das der Plan? (hes, Foto: Georgi Belickin)

KRIEG AUF DEM BALKAN

Wie Nato und EU ihre Herrschaft ausweiten wollen.
BERICHT von Felix Feistel

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine, als sich der kollektive Wertewesten nahezu geschlossen gegen Russland stellte, ökonomische Sanktionen verhängte, und damit einen Wirtschaftskrieg anzettelte, der mit keinerlei Notwendigkeit einherging, hat sich ein europäisches Land den Maßnahmen des Westens nicht angeschlossen. Dieses Land war Serbien.

Weder verurteilte es das Handeln Russlands politisch, noch verhängte es Sanktionen, und auch russischsprachige Sender wie *Russia Today* oder *Sputnik* wurden dort nicht verboten und geschlossen, wie es per Dekret in der gesamten EU geschah. Im Gegenteil, mit *RT Serbia* ging dort sogar vor wenigen Monaten eine neue Zweigstelle der russischen Auslandswelle ins Netz.

Die Gründe für die Weigerung Serbiens sind vielschichtig. Zum einen sind die Serben, wie die Russen, ein slawisches Volk und historisch eng miteinander verbunden. Schon lange hegen beide Länder ein Verhältnis der Zusammenarbeit. Zudem ist in Serbien die Erinnerung an die westlichen »Werte« noch äußerst präsent. Noch 1999 musste das Land erleben, was passiert, wenn man sich dem Diktat des Westens nicht beugt. Damals hatte die NATO, auch unter deutscher Beteiligung, für mehr als 70 Tage das Land bombardiert, und dabei die zivile Infrastruktur weitgehend zerstört. Weiterhin bezieht Serbien 90 Prozent seiner Energieimporte aus Russland. Diese zu sanktionieren oder sich von diesen abzukoppeln wäre schlicht ökonomischer Selbstmord, eine Selbstmord, zu dem die serbische Regierung unter Alexander Vučić im Gegensatz zu allen anderen europäischen Ländern nicht bereit ist.

Für diese Politik wird die Regierung vom Westen massiv unter Druck gesetzt. Schon im Sommer des vergangenen Jahres erklärte Alexander Vučić, dass er so viele Drohungen von westlichen Regierungen und Geheimdiensten erhalten habe, dass, fasste man diese zusammen, ein Buch vom Umfang von Karl Marx' Kapital dabei herauskäme. Trotz allem blieb das Land standhaft und büßte dies mit einer Eskalation des schwelenden Konfliktes mit dem Kosovo.

Diese Region war schon 1999 im Krieg gegen Serbien vom Westen instrumentalisiert worden. Dort liegt zudem die größte US-Basis in Osteuropa. 2008 hatte sich die Region zu einer unabhängigen Republik erklärt. Dort leben mehrheitlich Kosovo-Albaner. Lediglich in einigen Regionen an der Grenze zu Serbien im Norden besteht die Mehrheit der Bevölkerung aus Serben. Diesen wollte die Regierung des Kosovo im vergangenen Jahr kosovarische Ausweispapiere und Nummernschilder aufdrängen, was die Reise zwischen dem Kosovo und Serbien erheblich erschwert.

Viele Serben reisen oft zwischen den beiden Regionen hin und her, und auch für die serbischen Fernfahrer stellt die Umstellung laut Medienberichten eine erhebliche Belastung dar. Zudem wird dieser Schritt in Belgrad als einer in Richtung weiterer Abkopplung von Serbien bewertet, genau so wie die Ankündigung des Kosovo, der EU beitreten zu wollen. Der Protest im Norden des Kosovo war dementsprechend groß, es kam Ende 2022 zu Blockaden der Straßen und Ausschreitungen, die kurzzeitig sogar die *Kosovo-Force* (KFOR, dt. Kosovotruppe) der NATO auf den Plan rief, welche diese Region überwacht. Der Konflikt wurde schließlich durch Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo beigelegt, nur, um für kurze Zeit erneut aufzuflammen.

In den folgenden Monaten kündigten tausende Serben im öffentlichen Dienst des Kosovo. Unter ihnen auch der Polizeibeamte Dejan Pantić. Kurz darauf wurde er verhaftet, weil die Regierung des Kosovo ihm »Terrorismus« vorwarf. Wieder kam es zu Protesten und Blockaden der vor Ort lebenden Serben, um den Transport des Polizisten in die Hauptstadt Pristina zu verhindern. Die Situation spitzte sich so zu, dass die Regierung Militärpolizei in die Region entsandte, um die Proteste gewaltsam niederschlagen, und die Blockaden auflösen zu lassen. Die serbische Regierung wiederum plante ebenfalls, eigene Polizeibeamte und Soldaten in die nördlichen Regionen des Kosovo zu entsenden, um die serbische Bevölkerung zu schützen. Dazu ist sie durch eine UN-Resolution befugt, muss lediglich um Erlaubnis der KFOR-Mission ersuchen, die diese aber nicht grundlos ablehnen darf. Dennoch lehnte die KFOR das Ersuchen ab.

Der serbische Präsident rief gleichzeitig die Serben im Kosovo dazu auf, die Blockaden zu beenden, und so kam es in den folgenden Tagen. Eine blutige Auseinandersetzung zwischen der Militärpolizei des Kosovo und den Serben in der Region konnte so noch einmal abgewendet werden.

DIE EU WILL SERBISCHE REGIERUNG BRECHEN

Am 18. Januar 20233 veröffentlichte das EU-Parlament eine Resolution, in der es Serbien dazu aufforderte, sich der sogenannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) anzuschließen, womit vor allem die antirussischen Sanktionen gemeint waren. Serbien ist ein EU-Beitrittskandidat und sei daher verpflichtet, sich an die Werte und Rechte der Staatengemeinschaft zu halten. Es sei wichtig, so die Resolution weiter, dass die Länder des Balkan vollständig mit der Politik der EU in Einklang stünden. Zudem sei die Unabhängigkeit des Kosovo »unwiderrufbar« und solle deswegen von Serbien anerkannt werden. Schon zuvor hatten Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron erklärt, dass Serbien sich für eine Seite entscheiden müsse. In dasselbe Horn stieß auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf einer Konferenz in Albanien, in der es um die Entwicklung des Balkan ging. Sie sagte mit Blick auf Serbien, dass sich der Balkan zwischen »Demokratie« und »Autokratie« entscheiden müsse. Neutralität, wie Serbien sie zu bewahren versucht, soll also nicht mehr möglich sein.

NATO DROHT MIT ERNEUTEM BOMBARDEMENT BELGRADS

Bei einem Treffen zwischen Vertretern der Europäischen Union und der serbischen Regierung Anfang Januar wurde eine Lösung des Kosovo-Konfliktes erörtert. Im Anschluss erklärte Präsident Vučić, dass sich seine Regierung den Forderungen der EU und der NATO beugen müsse.

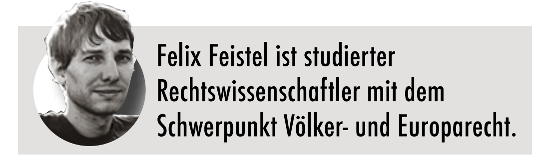


SERBEN GEGEN CORONAREGIME: Am 7. Juli 2020 stürmten serbische Bürger das Parlament, nachdem Staatschef Alexander Vučić Ausgangssperren unter dem Vorwand von Corona verhängt hatte (DW N°12, 18. Juli 2020). Es war der erste von vielen symbolischen Parlamentsstürmen. Foto: Koca Sulejmanovic.

»Wenn wir uns weigern, werden die Forderungen nur stärker und schärfer werden, bis wir an den Punkt kommen, an dem wir tun müssen, was sie wollen. Das bedeutet, dass eine schwierige Zeit und politische Differenzen vor uns liegen. Wir müssen aber an Serbien denken«, sagte er und warnte, dass es nicht mehr nur um Russland und die Ukraine gehe, sondern sich der Brand ausweiten werde. Man müsse verhindern, dass Serbien irgendwann Feuer fange.

Vučić erklärte, die EU sei Serbien »offen mit dem Knüppel auf die Füße getreten«. Sie erpresse Serbien und es gebe keinen anderen Ausweg mehr, als sich den Forderungen der EU und der NATO zu beugen. Zudem erinnerte er ausdrücklich daran, dass auch sein Amtsvorgänger Slobodan Milosević Ende der Neunziger fälschlicherweise bis zuletzt geglaubt hatte, dass keine Nato-Bomben auf Serbien fallen werden.

Die Forderungen der EU beinhalten die vollständige Unterstützung des Kurses der EU durch Serbien gegenüber Russland. Zudem soll Serbien die Mitgliedschaft des Kosovo in der UNO anerkennen. Die EU drohte dem serbischen Präsidenten zufolge damit, anderenfalls die Visafreiheit aufzuheben, und anschließend Investitionen aus Serbien abzuziehen. Das würde den Behörden die Möglichkeit nehmen, Renten und Gehälter auszuzahlen, sowie 200.000 Arbeitsplätze gefährden, was großes Leid für die Bevölkerung bedeute. Der serbische Präsident erklärte Anfang Februar, dass das Land bald gezwungen sein könnte, Russland zu sanktionieren. Der Westen, so Vučić weiter, wolle jeden russischen Einfluss aus dem Balkan verdrängen. Serbien sei eines der wenigen Länder, das auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes bestehe, doch von Frieden dürfe niemand überhaupt nur sprechen. Die Nato, die EU und Deutschland führen also einen unausgesprochenen Krieg gegen Serbien, das sie als Hinterhof betrachten, der stumm zu sein habe. Diesen wollen sie von allem russischen Einfluss »säubern« und das Land mit Gewalt auf ihre Linie gegenüber Russland zwingen. Damit ist Serbien ein Nebenkriegsschauplatz im westlichen Krieg gegen Russland.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

NÄCHSTE FRONT? US-ÜBUNGEN LAUT NORDKOREA EINE KRIEGSERKLÄRUNG

Pjöngjang/DW. Das Außenministerium Nordkoreas wirft den USA zum wiederholten Male eine feindselige Politik vor. Hintergrund: Der kommunistische Staat testete trotz eines UN-Verbots eigenen Angaben zufolge mehrere militärische Lenkflugkörper, um seine atomare Abschreckung zu verstärken. Daraufhin drängten US-Diplomaten die Vereinten Nationen dazu, die Waffentests zu verurteilen. Das ließ die nordkoreanische Führung nicht auf sich sitzen und erklärte, dass man künftige militärische Aktionen der US-Truppen in Nähe der Landesgrenzen als »Kriegserklärung« betrachten werde. In Anbetracht dessen, dass amerikanische Truppen regelmäßig Übungen mit dem Militär Südkoreas abhalten, könnten diese durchaus eine militärische Reaktion der nordkoreanischen Truppen provozieren. Inzwischen haben die USA aber ihre Bereitschaft zum Dialog mit Nordkorea bekräftigt. Das Ziel sei weiterhin eine vollständige Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. (kmü)

YALE-PROFESSOR FABULIERT ÜBER MASSENSELBSTMORD ALTER MENSCHEN

Tokio/New Haven/DW. Geht es noch menschenverachtender? Yusuke Narita, Assistenzprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der renommierten Yale-Universität in New Haven (USA) hetzt gegen ältere Menschen. Hintergrund: Japan droht eine Überalterung der Gesellschaft und infolgedessen vielen Menschen die Altersarmut. Die Regierung in Tokio hat deshalb die Rentner dazu aufgerufen, auch im Alter weiterzuarbeiten. Jeder zweite Japaner zwischen 65 und 69 Jahren ist noch erwerbstätig, insgesamt jeder vierte Rentner. Yusuke Narita, der in Japan recht bekannt ist und dem auf *Twitter* rund 570.000 Menschen folgen, hat unterdessen einen ganz anderen Vorschlag parat. Der *New York Times* sagte er: »Ich habe das Gefühl, dass die einzige Lösung ziemlich klar ist – ist es am Ende nicht Massenselbstmord und Massen-Seppuku der älteren Menschen?« Seppuku ist ein ritueller Selbstmord unter den Samurai, der im 19. Jahrhundert verboten wurde. Die Äußerungen des Professors wurden heftig kritisiert. Prompt ruderte er zurück: Seine Aussagen seien »aus dem Zusammenhang gerissen« worden. (kmü)

»Es ist nicht n sondern krim

Die Grünen führen einen wahnwitzigen Krieg ge
Im großen DW-Interview nimmt Bauernsprecher Anthony Lee k

DW: Herr Lee, bitte stellen Sie sich kurz vor!

Anthony Lee: Ich bin 46, Landwirt, Sprecher des Vereins »Landwirtschaft verbindet«, zudem CDU-Kommunalpolitiker. Mein Vater war Brite, daher mein englischer Name. Ich bin gelernter Kfz-Mechaniker, war einst Soldat – erst Panzergrenadier in Munster, dann Fallschirmjäger in Bayern. Nach acht Jahren Dienst erwarb ich die Fachhochschulreife und war bis 2010 bei der Berliner Polizei. Als meine heutige Frau dann den elterlichen Betrieb auf der Domäne des Klosters Möllenbeck im niedersächsischen Rinteln übernahm, zog ich zurück in die Heimat und wurde Landwirt.

DW: Die EU vollzieht mit dem »Green Deal« einen radikalen Umbau der Agrarwirtschaft. Sie machen sich deshalb große Sorgen um den Fortbestand der Landwirtschaft hierzulande. Das Dilemma begann 2012: Damals mussten alle EU-Länder Brüssel die Nitrat-Durchschnittswerte des Grundwassers melden, Deutschland aber gab Höchstwerte an. Wieso?

A.L.: Gute Frage. Das kann kein Zufall gewesen sein, ergo steckte Absicht dahinter. Man nimmt alle Landwirte in Sippenhaft, obwohl sie nichts falsch gemacht haben.

»DIE GRÜNE IDEOLOGIE SOLL MIT ALLER MACHT DURCHGESETZT WERDEN.«

DW: Zuviel Nitrat im menschlichen Körper soll krebserregend sein. Die EU-Trinkwasserrichtlinie sieht einen Grenzwert von 50 Milligramm je Liter vor. Wie schätzen Sie das ein?

A.L.: Beim Nitrat macht die Dosis das Gift. Aber dieser Grenzwert ist lächerlich. Jeder Kopfsalat hat einen fünf- bis zehn Mal so hohen Nitratgehalt. Und die Landwirtschaft ist nur für einen Bruchteil der Werte verantwortlich – wenn überhaupt. Das Problem ist, dass die Klärwerke in Deutschland nicht in der Lage sind, hohe Wassermengen gescheit zu reinigen. Hinzu kommt: Die Messstellendichte in unserem Land und das angewandte Verfahren machen ein Verursacher-Prinzip unmöglich.

DW: Die Folge ist nun, dass in riesigen sogenannten »roten Gebieten« nur noch 20 Prozent unter den Bedarf der Pflanzen gedüngt werden darf. Welche Auswirkungen hat das?

A.L.: Durch diese Düngevorgaben kann an vielen Standorten beispielsweise kein brotbackfähiger Weizen mehr angebaut werden. Der Proteingehalt des Weizens liegt dann nur noch bei ungefähr acht statt bei zwölf Prozent. Die Dänen haben zehn Jahre lang versucht, mit deutlich weniger Dünger auszukommen. Das hat nicht funktioniert. Sie sind wieder zurückgerudert.

DW: Welches Ziel verfolgt die Politik?

A.L.: Darüber kann ich nur spekulieren. Ich befürchte, die Grünen um Minister Cem Özdemir wollen die Landwirtschaft in unserem Land abschaffen. Zumindest aber möchte man offenbar deutlich weniger Nahrungsmittel produzieren. Es geht um eine grüne Ideologie, die mit aller Macht durchgesetzt werden und uns ins Mittelalter zurückwerfen soll. Man möchte ein Bullerbü, ein Märchenland, schaffen, in dem die Felder wieder mit dem Ochsen, nicht mit dem Traktor, gepflügt werden.

DW: Nicht nur der Einsatz von Dünger soll eingeschränkt werden. Der »Green Deal« der EU sieht vor, dass bis 2030 auf 50 Prozent der Pflanzenschutzmittel verzichtet werden soll.

A.L.: Richtig. Und in sensiblen Gebieten soll darauf sogar komplett verzichtet werden. Während die Franzosen hier nur ihre Nationalparks angaben, meldeten wir sämtliche Schutzgebiete nach Brüssel. Allein in Nordrhein-Westfalen dürfte auf einer Fläche von 553.000 Hektar kein Pflanzenschutz mehr eingesetzt werden. Bundesweit gesehen wäre de facto auf 60 Prozent der Fläche keine Landwirtschaft mehr möglich. Betroffen wären auch Biobauern. Das ist nicht mehr »nur« irre, das ist kriminell. Es ist so, als würde man in Schulen Waffen verteilen. Für uns Landwirte wäre es der Todesstoß.

DW: Sie sind konventioneller Ackerbauer. Viele Verbraucher schwören auf Bio, weil sie glauben, die Produkte seien gesünder. Zurecht?

A.L.: Nein, Bio ist keineswegs gesünder. Die Pflanzenschutzmittel, die der Biobauer einsetzt, basieren zwar auf natürlicher Basis, sind aber ebenso toxisch. Leider haben es Politik und Medien geschafft, in den Köpfen der Menschen die Gleichungen »Bio gleich gut« und »Konventionell gleich schlecht« zu etablieren, was einfach nicht stimmt. Wenn Bio so gut ist, warum machen dann derzeit so viele Biohöfe dicht? Renate Künast verfolgte einst das Ziel: 20 Prozent der deutschen Landwirtschaft auf Bio umzustellen. Wo sind wir heute gelandet? Bei sieben Prozent. Cem Özdemir träumt von 30 Prozent. Das ist völlig realitätsfremd.

»ES IST SO, ALS WÜRDE MAN IN SCHULEN WAFFEN VERTEILEN.«

DW: Obwohl Bauern uns mit Nahrungsmitteln versorgen, haben sie in unserem Land einen eher schlechten Ruf. Woher kommt das?

A.L.: Wie berichten die Medien über uns? Fast ausschließlich negativ! Wir sollen zum Beispiel für das Artensterben bei Insekten verantwortlich sein. Professor Andreas von Tiedemann von der Uni Göttingen kann jedoch belegen, dass wir in Deutschland und Europa eine Zunahme von Insekten verzeichnen. Klar, es gibt in bestimmten Bereichen auch Abnahmen, aber die hängen vor allem mit einer zunehmenden Bebauung zusammen: Hier sprechen wir von einer Fläche von 77 Fußballfeldern pro Tag! Weitere Vorwürfe uns Landwirten gegenüber: Wir quälen angeblich unsere Tiere, verseuchen das Grundwasser und vergiften die Umwelt mit Pestiziden. Allein der Begriff Pestizid ist eine Frechheit.

DW: Warum?

A.L.: Wenn ein Mensch krank ist, nimmt er meist ein chemisches Arzneimittel ein, man nennt es auch Medikament. Bei uns spricht man verächtlich von Pestizid, wir Landwirte sagen Pflanzenschutzmittel dazu. Und die hauen wir nicht unbedacht auf die Felder, sondern gehen behutsam damit um, allein schon weil sie sehr teuer sind. Übrigens: Wir haben es in den letzten zehn Jahren geschafft, 30 Prozent Pflanzenschutz- und 40 Prozent Düngermittel einzusparen. Das ist eine große Leistung. Die Landwirtschaft ist somit der einzige Wirtschaftssektor, der sein Klimaziel erfüllt. Davon kann die Industrie nur träumen. Aber wissen Sie was? Auf der *Website* der Landwirtschaftskammer Niedersachsen gibt es nun sogar eine Anleitung für Bürger, wie sie Landwirte anzeigen können, etwa wenn sie den Verdacht haben, ein Bauer dünge zu viel. Unfassbar, oder?

DW: Auch Prominente tragen zum Bauern-*Bashing* bei, zum Beispiel Eckart von Hirschhausen. In seiner Sendung »Wissen vor acht« stellte er pupsende und rülpsende Rinder aufgrund ihres Methanaustoßes als »nicht besonders umweltfreundlich« dar, erklärte zudem, Fleischverzicht sei vor allem »ein Verzicht auf Herzanfall und Schlaganfall». Was sagen Sie dazu?

A.L.: Das ist unglaublicher Blödsinn. Etliche Wissenschaftler widerlegen seine Aussagen. Vor 100 Jahren hatten wir deutlich mehr Weidetiere auf der Welt als heute und es war kein Problem. Außerdem sind wir mit der Bilanz unserer Kühe deutlich umweltfreundlicher als die meisten anderen Länder: Für ein Kilo Fleisch werden im globalen Durchschnitt 15.000 Liter verbraucht, in Deutschland nur 8.000 Liter, davon sind 6.700 Liter reines Regenwasser. Was den Fleischverzehr betrifft: Eine Studie der Uni Washington belegt, dass dieser nicht ursächlich ist für Krankheiten. Gezielt Stimmung gegen Landwirte machen auch mehrere *NGOs*.

DW: Zum Beispiel?

A.L.: Etwa der Verband »Bund für Umwelt und Naturschutz«. Dort bezeichnet eine Dame, die keinerlei nennenswerte Referenzen hat, sich selbst als »Pestizid-Expertin« und Wissenschaftler wie Prof. von Tiedemann, der sagt, Pflanzenschutz sei essenziell für unsere Ernährungssicherheit, als »Schwurbler«. Ich kann mich auch als Astrophysik-Experte bezeichnen, weil ich mal »Star Wars" gesehen habe. (lacht) Aber dieses Diffamieren von Leuten, die wirklich Fachexpertise besitzen und Argumente haben, kennen wir ja bereits aus den vergangenen drei Jahren.

DW: Was wären die Folgen für unser Land, wenn ein Großteil der Landwirtschaftsbetriebe verschwinden würde?

A.L.: Dann ist die Lebensmittelversorgung



Anthony Lee ist Landwirt im nieder
Aber Lee gibt sich kämpferis

mehr irre, minell!«

egen unsere Landwirte. ein Blatt vor den Mund. | Von Klaus Müller



sächsischen Rinteln. Er befürchtet, dass die Landwirtschaft abgeschafft werden soll. ch: »Wir müssen uns wehren und demokratischen Widerstand leisten.« Foto: privat.

nicht mehr gesichert. Wir haben bei Obst und Gemüse schon jetzt nur noch einen Selbstversorgungsgrad von 20 bis 30 Prozent. Beim Obst war der 20. Februar ein Stichtag: Statistisch gesehen wird alles, was wir seitdem verzehren, importiert.

»WOHLSTAND UND SOZIALER FRIEDE SIND IN GEFAHR.«

DW: Ist der Bauer ruiniert, wird unser Essen importiert?
A.L.: Das wird auf Dauer nicht funktionieren. Denn woher soll die Ware kommen? Weizen beispielsweise gibt es seit fünf Jahren immer weniger auf der Welt. Die anderen Länder denken nun logischerweise zunächst mal an ihre eigene Bevölkerung, erst recht wenn sie von Missernten betroffen sind, die zunehmen und auch auf uns zukommen werden. Das hat zur Folge, dass wir anderen so viel Geld bieten können, wie wir wollen, und von ihnen trotzdem keine Waren mehr bekommen. Wir werden dann nicht mehr genug zu essen haben. Aber das ist noch nicht alles. Stirbt der Bauer, stirbt das Dorf. Die Landwirtschaft stellt die meisten Arbeitsplätze im Land, ohne sie fallen enorme Steuereinnahmen weg. Dann sind Wohlstand und sozialer Frieden in Gefahr.

DW: Auch Schweinebauern kämpfen ums Überleben. Was sind die Gründe dafür?
A.L.: Die Ampel und Cem Özdemir treiben es so weit, dass jeden Tag 14 Betriebe schließen müssen und allein 2022 bereits 2.000 Betriebe aufgaben. Verantwortlich dafür ist ein extremer Kostendruck. Pro Schwein, das abgeliefert wird, legt der Landwirt 45 bis 50 Euro dazu.

DW: Wie geht das?
A.L.: Es sind oft Mischkalkulationen. Und viele Bauern sind Idealisten, die ihre eigene Arbeitszeit nicht abrechnen. Andere verkaufen Agrarfläche, um übers Jahr zu kommen. Das kann auf Dauer natürlich nicht gutgehen. Und was dabei nicht bedacht wird: Wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb einmal zugemacht wurde, ist der unwiderruflich weg.

DW: Beim Fleisch geht es insbesondere auch um das Thema Tierwohl.
A.L.: Mehr Tierwohl ist gut, das könnten wir auch leisten. Aber die entscheidende Frage ist doch: Ist es uns das auch wert? Ganz offensichtlich nicht. Am Supermarktregal endet die Moral. Die allermeisten möchten einen Fünf-Sterne-Urlaub haben, aber nur einen Zwei-Sterne-Urlaub bezahlen. Das funktioniert nicht. Wir können nicht mit dem Einzelhandel und den billigen Produkten aus dem Ausland konkurrieren. Deshalb fordern wir Chancengleichheit und eine eindeutige Deklaration der importierten Produkte hinsichtlich Herkunft, sozialer Standards und Tierwohl.

DW: Die Tierrechtsorganisation PETA prangert an, dass jedes einzelne Schwein in konventioneller Tierhaltung »ein qualvolles Dasein« fristet. Die Rede ist u. a. von katastrophalen Haltungsbedingungen, leidvoller Ferkelkastration, grausamen Tötungsprozeduren. Was entgegnen Sie dem?
A.L.: Nehmen wir nur mal die Ferkelkastration: Herr Özdemir hat ein Tierwohllabel eingeführt, das vorschreibt, dass Ferkel ohne Betäubung nicht mehr kastriert werden dürfen. Das ist gut und richtig. Das Problem ist nur: Es kann unterwandert werden, weil es nicht für Importferkel gilt. Wer anprangert, dass unsere Tiere in »Schweine-KZs« leben, sollte sich mal fragen, wo das Fleisch herkommen wird, wenn wir es eines Tages nicht mehr selbst produzieren? Nämlich aus Ländern, in denen die Tiere unter wirklich schlechten Bedingungen gehalten werden, zum Beispiel aus China, wo Schweine in Hochhäusern leben. Jetzt haben wir noch die Hoheit über das Geschehen, können selbst bestimmen und regulieren.

DW: Ist das nicht mehr der Fall, heißt es: Friss oder stirb?
A.L.: Genau. Der Faktor Selbstversorgung fällt dann weg, dadurch ist der CO_2-Fußabdruck ungleich höher. Die EU verlagert ihre Umweltprobleme in andere Länder, zumal für die importierten Agrarprodukte massiv Wälder abgeholzt werden. Bei der »EuroTier«-Messe in Hannover im November habe ich mit Handwerkern gesprochen, die Ställe bauen. Sie sagten, dass sie zu 90 Prozent nur noch in Osteuropa tätig sind. Dort investiert man EU-Gelder. Und wir importieren dann Putenfleisch aus Tschechien, erhältlich bei *Aldi*, Haltungsstufe 4. Beim Obst und Gemüse ist es dasselbe: Die Bio-Tomaten in unseren Supermärkten stammen oft aus Alméria, Spanien. Sie werden dort anders als bei uns unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen angebaut.

DW: Was halten Sie von Insekten in Lebensmitteln – sinnvoll oder absurd?
A.L.: Bis vor kurzem hat man sich noch darüber echauffiert, dass im *RTL-Dschungelcamp* Insekten verzehrt werden. Jetzt soll es normal sein, dass wir künftig bis zu fünf Prozent an Insektenproteinen zu uns nehmen sollen? Nein, danke. Ich finde es ekelhaft.

DW: In den Niederlanden gab es 2022 heftige Bauernproteste, die zeitweise eskalierten: Landwirte blockierten Straßen, kippten Gülle auf Autobahnen, die Polizei feuerte gezielt Schüsse auf Traktoren ab. Auch Sie haben mit vielen Kollegen hierzulande demonstriert. Wie sieht der Widerstand aktuell aus?
A.L.: Ich würde mir wünschen, dass der bislang tatenlose Deutsche Bauernverband endlich mal zu Demos aufruft. Wir müssen uns gegen den politischen Irrsinn wehren und demokratischen Widerstand leisten. In den Niederlanden und Frankreich werden die Proteste jetzt im März wieder Fahrt aufnehmen. Auch Spanien, das stolz auf seine Landwirtschaft ist, und osteuropäische Länder wie Ungarn, Polen und Tschechien, in denen noch eine Politik der Vernunft regiert, werden den Schwachsinn der EU nicht mitmachen. Das macht mir Hoffnung.

DW: Herr Lee, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserinnen (m/w)!

»Trend zur Radikalisierung gestoppt.« So titelte das Propagandaportal Tagesschau.de am zurückliegenden Dienstag. Da lagen das Protestwochenende (ab Seite 4) und die Montagsspaziergänge (Seite 6) gerade 12 Stunden zurück. Das Signal der Tagesschau an die besorgte politmediale Kaste: »Alarmstufe gelb reicht aus! Ihr müsst keine neuen Razzien inszenieren, habt keinen Fackelzug ins eigene Wohnzimmer zu befürchten. Alles unter Kontrolle!«

Studie zur Protesten 2022

Trend zur Radikalisierung gestoppt

Das Protestgeschehen in Deutschland hat sich einer Studie zufolge normalisiert. Der in den Corona-Jahren zu beobachtende Trend zur Radikalisierung wurde gestoppt. Die Zahl konfrontativer und gewaltsamer Proteste ging trotz der Krisen 2022 zurück.

Im vergangenen Jahr ist Zahl konfrontativer und gewaltsamer Proteste im Vergleich zu den durch Corona geprägten Jahren 2020 und 2021 gesunken. Trotz sich überlagender Krisen und steigender Lebenserhaltungskosten habe sich die Radikalisierungstendenz der vergangenen Corona-Jahre nicht fortgesetzt, heißt es in einer Analyse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

Doch wer hat sich in den zurückliegenden drei Jahren so radikalisiert, dass Menschen mit dem Grundgesetz in der Hand angegriffen, zusammengetreten, terrorisiert und gefoltert wurden? Ist in Sachen »Radikalisierung« womöglich die seit Jahren vielbeschworene »Radikalisierung der Mitte« auf Seiten unserer Apparatschiks eingetreten? – Grundgesetz (Seite 16), Menschenrecht und Nürnberger Kodex (der aufgenötigte Spritzen verbietet) haben uns, der Mitte der Gesellschaft, jedenfalls noch viel zu sagen. Millionen von Menschen in der BRD sind bereit, die Werte dieser Texte gegen Schlechteres zu verteidigen. Wenn es sein muss, auch gegen einen weltkriegstreibenden Apparat, den leider real existierenden »Extremismus der Mitte«.







Ab März 2023 neu! Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und die Mutter der Demokratiebewegung NichtOhneUns.de werden zur »Mosaik-Verschwörung« (vgl. Apolut.net). Von Beginn an sind der DW und NOU heftigen Angriffen ausgesetzt. Zuletzt flatterte uns schon wieder eine politisch motivierte Kontokündigung ins Haus; es ist die elfte (!) in kaum drei Jahren. Wir finden immer eine Lösung.

Von Beginn an ist Dezentralität unser Strategem. Denn einzelne »Bonapartes« und zentralistische Top-Down-Bundesverbände sind für unseren Gegner zerstörbar. Stattdessen: »Wir sind überall!« und der Fünf-Punkte-Plan (Seite 2). Daran muss sich alles messen lassen. Das heißt, dass DW und NOU, die »Think Tanks« der Demokratiebewegung, auch wieder in neuen »Beibooten« segeln werden, zudem die Original-Flaggschiffe noch mehr Fahrt aufnehmen! Nach einem Zwischentief fruchtete zuletzt unser allererster Aufruf, den DW als Wochenzeitung zu erhalten (bitte durch Abos, Seite 16, und durch Spenden, Seite 2).

Wir werden nicht weichen und weiter wachsen! In einem ersten Schritt bauen wir unseren vielgelobten Nachrichten- und Meldungsteil im DW (Seiten 2 bis 15) auch Online aus (demokratischerwiderstand.de). Unterstützen Sie uns bitte dabei, danke! – Und: Sehen wir uns am Samstag, 25. März 2023? Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin, 15 Uhr? Zum Dreijährigen der neuen Demokratie- und Friedensbewegung? – Einen ersten Sieg gibt es zu feiern: Zum 1. März 2023 sind alle Corona-Maßnahmen gefallen.

Herzlich achtungsvoll grüßt,
Anselm Lenz | Journalist, Verleger (Fotos: DW-Screenshots)

DU BIST DEUTSCHLAND | Fortsetzung von Seite 9 | Von Anselm Lenz

Eine Gegendemo von staatlich organisierter *Fake*-Antifa demonstriert gegen die Kriegsgegnerversammlung von Sahra, Oskar und Alice. Es sind mal wieder die üblichen sechs bis zwölf bezahlten Partei- und DGB-Assistenten, diesmal eingefasst in eine etwa zehn mal zwölf Meter kleine, mit Geländern abgesperrte und von der berüchtigten Berliner Polizei geschützten Fläche. Die heranziehenden Volksmassen interessieren sich nicht mal mehr für die Beschimpfungen von dort. Es sind die immergleichen Tiraden, letztlich nichts als das Plädoyer für die Unterwerfung unter den *Big Brother*, also die amerikanischen und englischen Besatzer, die seit bald acht Jahrzehnten insgesamt 80 Besatzungsbasen in unserem Land betreiben und von hier aus Vorderasien, Nordafrika, Afghanistan, den Irak und die Ukraine in Brand gesteckt haben. Sie wollen die Weltherrschaft so lange, bis ihnen jemand beibringen wird, dass die nunmal nicht zu haben ist, *you know,* jedenfalls nicht vollständig.

Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer, Oskar Lafontaine. Es sind Helden meiner Jugend. Im Grunde ist es gleichgültig, was auf der Bühne gesagt wird. Es ist ein routiniertes Zusammentreffen nach drei Jahren Lügenterror mit der »Corona« und insgesamt neun Jahren offener Kriegstreiberei gegen Russland seit 2014. Die Massendemonstration der 130.000 und mehr besteht zu zwei Dritteln aus der klassischen Demokratiebewegung seit 28. März 2020 und aus einem Drittel aus neu Hinzugekommenen von der Partei Die Linke und der DKP.

EINSTÜRZENDE NEUBAUTEN

Als Joseph Biden Ende 2020 mit einer ziemlich eindeutigen Wahlfälschung ins US-Präsindenten-Amt geputscht worden war, waren Wetten abgeschlossen worden, wie lange es brauchen würde, bis die von Hillary »Killary« Clinton offen angepeilten nächsten Angriffskriege brauchen würden. Es dauerte keine hundert Tage, nachdem unter dem durchaus skurrilen Donald Trump vier Jahre lang kein neuer Angriffskrieg, keine Invasion, kein zusätzlicher Terror stattgefunden hatten. Das hatte es seit 1977 unter James Carter nicht mehr gegeben – jenem US-Präsidenten, der erstmal mit den Aufräumarbeiten nach der Niederlage im Vietnam-Krieg beschäftigt gewesen war.

Die Friedensdemonstration am vergangenen Samstag war klar, einfach und von Seiten der Teilnehmerschaft geradezu routiniert. Wie es bei Linken so ist, gibt es viel Kargheit, selbst wenn Geld da ist. Vor allem also Worte und moralischen Anspruch. Immerhin wissen Kommunisten um die unerbittliche Brutalität des Feindes, der angloamerikanischen Kriegs- und Propagandamaschinerie, und wie viel Disziplin, Unerbittlichkeit und konzentrierte Gewaltbereitschaft es in der Geschichte brauchte, um diesen aggressiven Apparat zumindest mal achtzig Jahre lang auf Distanz und in Schach zu halten. Als man dachte, es bestehe eine Chance auf weltweite Läuterung und man an der eigenen Kargheit und geistigen Enge buchstäblich zu erstikken drohte, gab man einfach friedlich auf. Das Ende der Sowjetunion war ein großer Fehler, wie der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, vor einigen Jahren einräumte. Womöglich gar »die größte geopolitische Katastrophe der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts«.



Unser Deutschland: Dieser Soldat des 19. Jahrhunderts war nicht auf die Revolution vorbereitet oder wollte einfach nicht schießen.
Gemälde von Carl Spitzweg, Der strickende Wachmann, 21,7 mal 39,6 cm, Öl auf Leinwand, Museum Georg Schäfer, Schweinfurt, gemeinfrei.

Fragt man auf der Südhalbkugel nach – aber auch unter kritisch denkenden Menschen auf der Nordhalbkugel – erntet der Satz viel Zustimmung von links bis rechts. Die angepeilte Weltherrschaft der USA und deren 51stem Staat England – also der Kernländer des vermeintlichen Liberalismus, dem Neoliberalismus der Oligarchen des Westens, auf jeden Fall des Kapitalismus – ist die womöglich noch viel größere Katastrophe. Es ist eine Kultur der Gewalt, der Lüge, der Verleumdung, der Ausbeutung, der Beschleunigung, des ewig wiederholten und neu aufgelegten Schrotts. Kalt, modern und teuer, produziert sie doch nur billig hochgezogene Architektur, vermarktet ewig neue Prototypen, die nie ganz fertig werden, nicht haltbar sind, ständig »*upgedatet*« werden müssen – und brennt darüber ein hypermoralisches Blendwerk ab, weil es einen Überbau, ein Ziel gar nicht gibt. Nur plumpe Macht. So kann eigentlich kein Mensch leben, weswegen auch keine Ruhe einkehren darf. Es muss ständig alles in Unsicherheit und in Bewegung gehalten werden. Nicht, dass mehr als einer doch mal wahrnimmt, nachdenkt, sich bewusst wird – und sich *dagegen* entscheidet. Meckern ist erlaubt, sich dagegen entscheiden nicht.

GUT KIRSCHEN ESSEN

Es hat auch keinen Sinn, darum herum zu reden. Sicher gibt es viel Gutes über die USA und England zu sagen und jeder kennt einen, mit dem gut Kirschen essen ist. Der Aufstand in der verheißungsvollen Welt des alten Westens in den Jahren vor 1968 und dem Höhepunkt mit dem Protest gegen die grauenhafte Invasion Vietnams, gegen die Bomben von Hiroshima, gegen das hemmungslose Niederbomben mitteleuropäischer Städte eines geschlagenen Gegners im Jahr 1945, das Kungeln mit Menschenschlächtern und Faschisten, der Sturz Salvador Allendes und bald zahllos vieler weiterer, die endlose Lügerei. Warum soll man sich gegen den ewigen Vorwurf des »Antiamerikanismus« überhaupt noch zur Wehr setzen, der ja nur dazu auffordert, die paar guten Punkte des Imperiums aufzuzählen, die es hier und da mal gegeben hat. Diese Zeiten liegen so weit zurück. Warum nicht einfach sagen, wie es ist? Ja, ich bin Antiamerikaner, ich habe die Schnauze voll vom *Empire* und ich möchte da mit meinem Land einfach raus. Sosehr, dass mir und vielen Millionen Menschen in Europa sogar ein Zusammengehen mit der Russischen Föderation und deren Präsidenten Putin lieber wäre, als mit diesem verrohten Westkonglomerat noch weiterzumachen, das einem mittlerweile jede Luft zum atmen abschnürt, das unterdrückt, foltert, schlägt, gleichschaltet, »Existenzen ruinieren« will und nichts mehr zu bieten hat, als uns alle zu Eunuchen des Transhumanismus zu machen. Das einen schauerlichen Überwachungskapitalismus errichtet. Was soll noch reizvoll am Konzept »gegen rechts« sein, wenn die Wirklichkeit seit drei Jahren de facto faschistisch und genozidal ist? Die Spritzen haben unendlich viel Leid und Tod gebracht und es wird täglich schlimmer.

RUM WANDLE WEHRLOS FORT DURCHS LEBEN, UND FÜRCHTE NICHTS

Das Hier und Jetzt, in dieser BRD und in dieser EU, die im Grunde nichts anderes ist als eine Verlängerung des Nato-Hauptquartiers in Brüssel, ist schon heute die Hölle auf Erden, da muss man gar nicht mehr »gegen rechts« sein. Der als Schreckgespenst imaginierte Zustand ist bereits eingetreten mit Verleumdung, Stigmatisierung, Gleichschaltung, Propaganda, Segregation, Ausgangssperren, Medizinexperimenten, Spritzen-Massentötung und hemmungsloser Kriegstreiberei. Dass sich mein Freund und Kampfgefährte Clemens Arvay am 18. Februar 2023 das Leben nahm, ist für sensible Menschen verständlich, wenn auch nicht der richtige Weg. Denn wenn es wirklich so schlimm ist, dass es nicht mehr zu ertragen ist, ist dies nur ein Auftrag weiterzumachen und mehr Risiko einzugehen.

Wir sind nicht allein, die wir so nicht leben wollen und nicht leben können. Wir müssen und werden die Welt verändern, aber ohne uns die Welt zum Untertan zu machen. Und wir haben nach der Schande des Corona-Neofaschismus, der Niedermacherei und der Androhung weiterer Angriffe auf uns und unsere Familien und unsere Freunde wie Clemens Arvay und Boris Pfeiffer nichts mehr zu verlieren. Der Tod hat als Gestalt seinen Schrecken verloren. Wir sind kampfbereit und wir sagen: »Mit uns nicht!« Etwas Besseres als bei lebendigem Leibe hier in diesem toten Gestell leben zu müssen, erlangen wir allemal. Und wir werden unser Ressentiment produktiv machen, anstatt verdruckst und unseren eigenen Vergewaltigern und Schlächtern herumzutapsen. Wir werden jene, die die Verbrechen der zurückliegenden drei Jahre zu verantworten haben, zu Fall bringen und dafür sorgen, dass ihnen der Prozess gemacht wird. Und wir werden dafür sorgen, dass das Andenken an sie, das Andenken an die grässlichsten Verbrecher der Menschheitsgeschichte sein wird, mindestens auf drei Generationen hinaus.

Doch unser Voranschreiten ist positiv, denn Deutschland steht auf. Ich meine: Wir sind mit Deutschland noch nicht fertig. Anstatt uns auf die Rhetorik des Feindes einzulassen, der uns in allerlei Abgrenzungsmanövern aufzureiben trachtet, sollten wir den Ball aufgreifen. Es gibt keine Hoffnung, die USA zu verändern und das ist als Deutsche nun wahrlich auch nicht unsere Aufgabe. Den hegemonialen Apparat können nur die Amerikaner ändern, wenn sie das wollen. Angesichts der politischen Zerrissenheit des amerikanischen Volkes können wir feststellen, dass auch jenseits des Atlantiks Bewegung in die Sache gekommen ist. Trump hatte zuletzt einen großen Teil der US-Besatzungstruppen in der BRD zurückholen wollen. 10.000 GIs saßen bereits auf gepackten Sachen, um endlich unser Land zu verlassen und vielleicht mal als Gäste in unsere Biergärten zurückzukehren und mit uns anzustoßen und zu singen. Die Biden-Administration machte dann aber den Beschluss rückgängig und die Besatzungstruppen verblieben in unserem Land, wo sie einfach nicht mehr willkommen

weitelesen auf eite 15

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA-IMPFSTOFFE
Rettung oder Risiko?

Clemens G. Arvau

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3-404-07499-0



IMPERIUM USA
Die skrupellose Weltmacht

Daniele Ganser
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894138



DER LÄNGSTE KRIEG
20 Jahre War on Terror

Emran Feroz
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864-893285



STRATEGIEN DER MACHT

Roland Rottenfußer

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-036-5



DAS STAATSVERBRECHEN

Gunter Frank

Achgut-Edition
ISBN: 978-3-9822771-4-1



AMI, IT'S TIME TO GO!
Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas

Oskar Lafontaine
Westend-Verlag
ISBN: 978-3864894060

DU BIST DEUTSCHLAND | Fortsetzung von Seite 14



Der Zug zum Hambacher Fest 1832: Das von Publizisten organisierte Friedensfest war wie die Versammlungen der Demokratiebewegung verboten worden und sehr erfolgreich. Bild: Zeitgenössische Illustration, Künstler unbekannt, gemeinfrei.

sind. Da muss man so klar mal zum Ausdruck bringen: »Ami, go home!«

Doch unsere Politkaste will immer noch mehr davon. Doch die Aussicht, uns in der EU der Konzerne und in einer Art transatlantischem Großreich aufzulösen, ist kein bißchen reizvoll. Wie in diesem Essay schlaglichthaft aufzuzeigen war, hält diese Zivilisation für uns nichts bereit als seelenlose *Bullshit-Jobs,* eine technokratische und parasitäre Repräsentantenoligarchie, für die ich bereits 2020 den Begriff der »politmedialen Kaste« einführte, der sich weit verbreitete und offenbar deskriptive Qualität hat. Und dazu gibt es eine Kulturproduktion, die in keiner Weise mehr die schon im Namen anklingende aufrüttelnde Befreiungskraft des »Rock'n'Roll« von einst mit sich bringt. Der billige Aufwasch einer Kulturrevolution im »Hammer and Dance« während des Corona-Lügenprogramms vermochte nichts als zu unterdrücken, zu unterjochen und ganze Gesellschaften zutiefst depressiv zu machen.

WO ROHE KRÄFTE SINNLOS WALTEN

Doch mit der Demokratiebewegung ist im Moment des Untergangs des Alten das Licht des neuen Aufbruchs aufgegangen. Von Beginn an ist der Leitstern für uns kein einzelner Leithammel, sondern das Anknüpfen an deutsche demokratische Traditionen aller Jahrhunderte. Unser Aufbruch birgt von Beginn an die Chance, endlich Frieden mit uns selbst zu schließen und nach drei Generationen des Gangs im Büßerhemd mit allem, was damit zusammenhängt, es abzustreifen und uns aufzurichten, ohne in die nächste »Großmannssucht« zu verfallen. Die Chancen stehen dafür mit der Demokratiebewegung sehr gut. Wird sie aber weiter niedergehalten, verleumdet, wird sie irgendwann tatsächlich giftig und boshaft werden. Der Funke unseres demokratischen Aufbruchs hat eine stolze Flamme entzündet, der Recht, Gerechtigkeit und Legitimität in unser aller Land zurückbringen wird.

Der Stellvertreterkrieg in Osteuropa wird nicht mehr lange die Wunden im Inneren überlagern können. Sollte sich das Regime zur weiteren Niederschlagung und Verleumdung der neuen deutschen Demokratie- und Friedensbewegung entscheiden, wird sich die Millionen Menschen starke Bewegung, die mit Euphorie und Aufbruchswillen in ihren Sommer der Demokratie 2020 gestartet war, in eine festsitzende *Rancune* verwandeln, die in Zehntausenden Kreisen und Projekten im ganzen Land aufgehen wird. Die Beendigung des Regimes, das uns das angetan hat, was in den zurückliegenden drei Jahren geschah, wird sich dann unausweichlich in eine »subkutane« Bewegung verwandeln, die sich, wenn nötig, über Jahre und sogar Generationen hinweg darauf einstellt, sich der eigenen Schlächter und Unterdrücker zu entledigen, die getöteten Demonstranten und die von den Injektionen des Regimes Geschädigten, Entstellten und Ermordeten, die massenhaften gequälten Kinder und die verleumdeten und misshandelten Brüder und Schwestern zu rächen.

Dieser Text ist ein Ausschnitt des Textes »Du bist Deutschland«, der in voller Länge auf dem Nachrichtenportal Apolut.net ab Mittwochabend zu lesen und zu hören sein wird.



SPORT MIT BERTHOLD

GUTE LEBENSMITTEL? JA! INSEKTEN? NEIN, DANKE!

Wir Bertholds unterstützen ausschließlich biodynamische Landwirtschaft. Andere Produkte kommen für uns nicht infrage. Schon gar nicht Insekten, die man uns in Grundnahrungsmittel mischen will. Wie immer soll das natürlich »nur zu unserem Besten« geschehen.

Doch dieser »Insektenkäse« ist *high processed junk food* (dt.: stark verarbeiteter Abfall). Wissenschaftler halten das Insektenessen für keine gute Idee, denn sie stecken voller Parasiten. Also Finger weg! Unser Körper verarbeitet pflanzliche Proteine besser als tierische, da sie viel mehr dem menschlichen *Design* entsprechen, während tierische erst umgewandelt werden und nur noch wenig Verwertbares übrig bleibt.

ENTSCHEIDENDER FAKTOR IST DIE QUALITÄT

Vegan ist nicht automatisch Bio und gesund. Ich habe es vier Wochen ausprobiert, fühle mich als Vegetarier wohler. Ich frage im Restaurant immer, ob ein Produkt Bioqualität hat. Der Betreiber wird seinen Einkauf ändern, je mehr Kunden danach fragen. Beispiel Kaffee: Kaum jemand weiß, wie oft Fungizide, Herbizide, Pestizide und Insektizide auf die Pflanzen gespritzt werden.

Grundsätzlich sollte man das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung auf fröhliche Art und Weise schon Kindern näherbringen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



DER ELEFANT IM RAUM

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Günther Riedl

Er ist eine Metapher für ein offensichtliches Problem, das niemand sehen oder ansprechen möchte. Haben wir denn so ein Problem?

2021 starben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 79.000, 2022 sogar 114.000 Menschen mehr als im Mittel der Jahre 2016 bis 2020. Zur Frage »Warum ist die Übersterblichkeit so hoch?« lässt der *Tagesschau*-Faktenfinder am 28.November 2022 verlauten: »Eine Entwicklung, die auch Experten bislang nicht eindeutig erklären können und die somit Tür und Tor öffnet für Spekulationen. Dabei ist es für eindeutige Aussagen noch viel zu früh.« Im Sommer spiele die Hitze eine Rolle, so der sogenannte Faktenfinder, im Herbst eine frühe Welle von Atemwegserkrankungen. Aber auch das zusammen reiche zur Erklärung der überdurchschnittlich hohen Sterblichkeit nicht aus. »Es ist nicht unplausibel anzunehmen, dass wir etwas deutlicher vielleicht die indirekten Effekte der Pandemie sehen«, windet sich der Faktenchecker umständlich. Ein überlastetes Gesundheitssystem als Folge der stressigen Pandemiezeit zum Beispiel. Doch: »Würden die Impfstoffe zu einer erhöhten Todesfallzahl führen, wäre dies längst in der medizinischen und epidemiologischen Forschung nachgewiesen worden. Ich sehe einfach keinen Zusammenhang«, beschwichtigt die *Tagesschau*.

MUT ZUR ENTTÄUSCHUNG

Wann sehe ich nichts? Wenn ich die Augen zumache. Der Elefant ist zwar noch im Raum, aber sein Anblick stört mich nicht mehr. Wenn ich mich an ihm stoße, ertaste ich einen undefinierbaren Teil, den ich irgendwie erklären kann. Wenn mir das lästig wird, verlasse ich einfach den Raum. Sollen doch die »ewiggestrigen« Nörgler zurückbleiben und mit dem Finger auf den angeblichen Elefanten zeigen. Ich erschließe neue Räume – und mit mir alle Willigen, die »nach vorn schauen«.

Warum sind die meisten nicht am Rückblick interessiert? Weil die meisten mitgemacht haben, aktiv oder passiv. Nun ist der Ausnahmezustand so gut wie vorbei, warum dann zurückschauen? Die Grundrechte werden wieder allen gewährt, die stillgehalten haben, und die Übertreter der Maßnahmen müssen weiterhin vor Gericht. Wir leben ja in einem Rechtsstaat …

»Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten«, schreibt Paulus (Galater 6,7). Die Ernte wird positiv, wenn man sich nichts mehr vormacht: »Der Herr lässt es den Aufrichtigen gelingen.« (Sprüche Salomos 2,7) Ihnen gelingt auch die Unterscheidung zwischen Faktenfindung und Faktenerfindung. Wer jahrelang nach dem Motto »Augen zu und durch« gelebt hat, braucht Mut zur Enttäuschung – mit offenen Augen. Ent-täuschung ist gut, führt sie doch aus der Täuschung. Und Enttäuschte können anderen besser zur Erkenntnis verhelfen als die, die es schon immer gewusst haben.

Dr. Günther Riedl arbeitete 30 Jahre lang Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 als Christ im Widerstand tätig.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

> »NUR DIE LÜGE BRAUCHT DIE STÜTZE DER STAATSGEWALT, DIE WAHRHEIT KANN VON ALLEINE AUFRECHT STEHEN.«
> THOMAS JEFFERSON

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*